



Hintergrundinformation

Afrika-Seminartag der Hellwegregion

„Zukunftsperpektiven Afrikas“

Samstag, 2. Oktober 2010, 10.00-18.00 Uhr
VHS Hamm, Willy-Brandt-Platz 3, 59065 Hamm

Programmablauf

unter www.fge-hamm.de/afrika-seminar-2010.htm

9.30 Uhr Empfang und Begrüßung (Pressemeldung) **Seite 1**

10.00 Uhr Keynote – **Zur Entwicklung der MDGs** und möglichen Perspektiven für Afrika mit **Dr. Renée Ernst** (Beauftragte für die UN-Millenniumskampagne in BRD)
Moderation:
Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika)

Seite 2 bis 5



11.15 Uhr Stehcafé

11.30 Uhr „**Mehr als Reiseziel Ostafrika!**“ – Zur politischen Struktur von Tansania und Kenia und die Darstellung in deutschen Medien u.a. mit einem Beitrag der Kisauheli-Redaktion der Deutschen Welle und **Rudolf Blauth** (Freundeskreis Bagamoyo)
Moderation:
Sandrine Nguele Meyanga (Soziologin, Univ. Braunschweig)

Seite 6 bis 9



13.30 Uhr Mittagessen (Buffet)

14.30 Uhr **Somalia: „Eine ungewisse Zukunft“** – Wohin entwickelt sich das Land am Horn von Afrika? mit einem Beitrag zu Somalia und Filmbesprechung „Land ohne Gesetz“ mit dem Filmregisseur und Reporter Ashwin Raman
Moderation:
Dr. Johanna Fleischhauer (Sozial- und Politikwissenschaftlerin, Hattingen)

Seite 10 bis 14



16.00 Uhr Stehcafé

16.30 Uhr **Südafrika: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“**
Welche Probleme und Chancen zeigen sich nach dem Fußballfest?
Gottfried Wellmer (Netzwerk Friedenskooperative)
Moderation:
Claudia Kasten (Hammer Forum)



Seite 15 bis 22

17.30 Uhr **Abschließende Auswertung und Ausblick**

Herausgegeben von:



**Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.**

FUGE, Widumstr. 14, 59065 Hamm, Tel. 02381 - 41511, Fax. 02381 – 431152,
Email: fuge@fuge-hamm.de, Internet: <http://www.fuge-hamm.de>

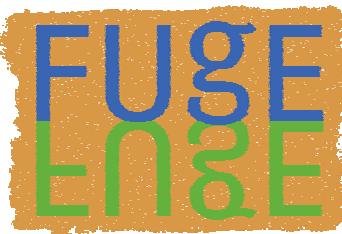
Mit der freundlichen Unterstützung durch
InWEnt aus Mitteln des BMZ und EED



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH
aus Mitteln des BMZ



Evangelischer
Entwicklungsdiest



Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.



Afrika-Seminartag

„Zukunftsperspektiven Afrikas“

Vorträge und Diskussionsrunde mit Afrika-Experten

Wann: 2. Oktober 2010, von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Wo: VHS-Hamm (Raum 1.058, 1. Etage), am Hbf Hamm

Heinrich-von-Kleist-Forum, Willy-Brandt-Platz 1, 59065 Hamm

Im Rahmen der Interkulturellen Woche Hamm wird FUgE (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung) in einem Afrika-Seminartag am 2. Oktober in der VHS-Hamm, Heinrich-von-Kleist-Forum (Raum 1.058, 1. Etage), die „Zukunftsperspektiven für Afrika“ erörtern. Das Seminar, das zwischen 10 und 18 Uhr stattfindet, schärft mit seinen afrikanischen Referenten und Migranten einerseits die Sicht auf den Kontinent, andererseits thematisieren die Akteure von Hilfswerken, kirchlichen Gemeinden und Schulpartnerschaften ihre Erfolge und Misserfolge in der Entwicklungszusammenarbeit.

Mit namhaften Referenten wie Dr. Renée Ernst (UN-Vertreterin für die Millenniumsentwicklungsziele in Deutschland), Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika), Rudolf Blauth (Freundeskreis Bagamoyo) und Ashwin Rahman (ARD-ZDF-Auslandsreporte) wird der Seminartag nicht nur aktuelle sondern auch differenzierte Berichte aus Afrika vorstellen. Darüber hinaus bietet das Seminar den Interessierten Gelegenheit, ihr Bild von Afrika zu korrigieren und eigene Projekte zu reflektieren. Darüber hinaus erwartet man einen angeregten Gedankenaustausch nicht nur unter „Insider“ und Aktive, sondern auch unter allgemein Interessierten.

Im ersten Teil befasst sich das Seminar mit der Millenniumserklärung, die 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen September 2000 mit dem Ziel verabschiedeten, bis zum Jahr 2015 die extreme Armut weltweit zu bekämpfen. 30 der 39 ärmsten Staaten der Welt liegen in Afrika auch 10 Jahren nach der Erklärung. Was hat sich substanziell seit dieser in afrikanischen

Kontinent in dieser Zeit verändert? Wie überzeugt treiben die reichen Industrienationen und die Entwicklungsländer diese Verantwortung voran? Fragen über Fragen, die über die Welt von morgen bestimmen.

Im zweiten Teil geht es um die soziale und politische Lage in Tansania und Kenia. Die Referenten werden hier Fortschritte und Rückschritte sowie positive und negative Berichterstattung über Ost-Afrika auswerten. Dabei berücksichtigen sie den Zugang zu sauberem Wasser, medizinische Versorgung, Tourismus sowie die Geburt in Ost-Afrika, die ein unkalkulierbares Risiko für Mutter und Kind einher geht.

Im dritten Teil schildert der Reporter Ashwin Raman seine Beweggründe, den Film „Land ohne Gesetz“ über die ungewisse Zukunft Somalias zu drehen.

Im vierten und letzten Teil beschäftigt sich das Seminar mit Südafrika nach der Fußball-WM, also mit den Problemen und Chancen des Landes nach dem Fußballfest.

Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird auch wegen der Verpflegung gebeten.

Per E-Mail an fuge@fuge-hamm.de oder Tel. 02381-41511.

Ausführliche Infos zum Afrika-Seminartag der Hellwegregion unter www.fuge-hamm.de

Der Afrika-Seminartag wird von der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent aus Mitteln des BMZ) und dem evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz

von Uwe Holtz (www.bundestag.de/dasparlament/2010/10/Beilage/001.html) bpb, 10/2010, 8. März 2010

Einleitung

Im September des Jahres 2000 versprachen 189 UN-Mitgliedstaaten in der "Millenniumserklärung", eine bessere Welt aufzubauen und keine Mühen zur Verwirklichung dieser Vision zu scheuen.¹ Auf dieser Grundlage nahm ein Jahr später die UN-Generalversammlung den "Kompass" für die Umsetzung der Millenniumserklärung mit acht konkreten Millenniumsentwicklungszielen (MEZ) an.² [...] Die MEZ beziehen sich auf Aspekte der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung und sehen vor:

- (1) die Beseitigung von extremer Armut und Hunger,
- (2) die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung,
- (3) die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen,
- (4) die Senkung der Kindersterblichkeit,
- (5) die Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
- (6) die Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria u. a. Krankheiten,
- (7) die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und
- (8) den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.³

Millennium Development Goals



[...] Die meisten Ziele sollen bis zum Jahr 2015 realisiert werden, wobei das Jahr 1990 die Ausgangslage darstellt. Sie tragen dazu bei, die Entwicklungsakteure auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und sind Ausdruck einer zwischen den "entwickelten" und den "Entwicklungsländern"⁴ eingegangenen Verpflichtung, auf nationaler und internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Realisierung der MEZ förderlich ist. [...] In der hier gebotenen Kürze sollen vier Fragen beantwortet werden: Wie sieht die Zwischenbilanz bei der Verwirklichung der Millenniumsziele aus? Warum gibt es Fortschritte und ein Zurückbleiben hinter den Erwartungen? Wurden die Kernherausforderungen berücksichtigt? Wo stehen wir im Jahr 2015, und was ist zu tun?

Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass eine Reihe von Daten zur Messung der Zielerreichung nur bis zum Jahr 2007 oder sogar 2005 reicht.⁵ Die kollektive Bilanz fällt gemischt aus: Es gibt Erfolge, Halberfolge und Rückschläge, Licht und Schatten. Viele Entwicklungsländer befinden sich auf Abwegen oder bestenfalls auf der Kriechspur zu den Millenniumszieltoren. Auch die Industrieländer haben zu wenig getan.

Geringe Fortschritte bei den ökonomischen und sozialen Zielen

Am bedeutendsten ist das erste Millenniumsziel mit ursprünglich zwei Zielvorgaben: zwischen den Jahren 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 US-Dollar pro Tag

beträgt (seit der Neuberechnung im Jahr 2008 liegt die Grenze bei 1,25 US-Dollar); zwischen den Jahren 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden. Im Jahr 2008 wurde noch eine dritte Zielvorgabe aufgenommen: die Verwirklichung produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle.

Dem UN-Fortschrittsbericht 2009 zufolge hat sich die Zahl der in extremer Armut Lebenden (**MEZ 1**) von 1,8 Milliarden im Jahr 1990 auf 1,4 Milliarden im Jahr 2005 (davon 70 % Frauen) reduziert. Dies klingt nicht sehr erfolgreich, kann sich aber angesichts des Anstiegs der Weltbevölkerung von 5,3 auf 6,5 Milliarden sehen lassen: Der Anteil der extrem Armen fiel von rund 40 auf 25 %. Die Situation hat sich besonders in Ostasien bzw. Südostasien verbessert, wo der Anteil der Armen von 60 auf 16 bzw. von 39 auf 19 % fiel und das für das Jahr 2015 anvisierte Halbierungsziel erreicht scheint. Die zahlenmäßig größten Erfolge konnten dabei in China und Indien erzielt werden, wo 37 % der Weltbevölkerung und 43 % der Menschen in Entwicklungsländern leben. Von Halberfolgen kann man in Lateinamerika und der Karibik sowie in Nordafrika sprechen, die aber bereits vor dem Jahr 1990 zu den wesentlich besser gestellten Regionen gehörten und wo im Jahr 2005 noch 8 bzw. 3 % der Bevölkerung in extremer Armut lebten und das Halbierungsziel erreichbar scheint. Unbefriedigend ist die Situation vor allem in Subsahara-Afrika, wo der Anteil extremer Armut von 57 auf lediglich 51 % gefallen ist. Dass sich die im UN-Fortschrittsbericht 2009 verwendeten aggregierten Zahlen auf die Gesamtbewertung der Regionen beziehen und die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen kann, zeigt das Beispiel Uganda, wo das Halbierungsziel nahezu erreicht werden konnte.

[...] Der leichte Abwärtstrend wurde durch die Nahrungskrise und die jüngste globale Wirtschaftskrise gestoppt, zum Teil umgekehrt. Die Zahl der weltweit Hungernden und Unterernährten ist auf über eine Milliarde im Jahr 2009 und damit einen Rekordwert hochgeschnellt.

[...] Was die Verwirklichung der Grundschulbildung für alle angeht (**MEZ 2**), so kommen die Entwicklungsländer dem Ziel näher, jedoch zu langsam, um die Zielmarke zu erreichen. Immer noch wurde 72 Millionen Kindern das Recht auf Bildung verweigert (2007); fast die Hälfte von ihnen lebt in Subsahara-Afrika, gefolgt von 18 Millionen in Südostasien, obwohl sich die Einschulungsraten in beiden Regionen verbessert haben.

Benachteiligung aufgrund von Geschlecht, Volksgruppenzugehörigkeit, Einkommen, Sprache oder Behinderung ist weit verbreitet und ein wesentliches Hindernis für die Bildung für alle.

Gemäß den Zielvorgaben von **MEZ 3** sollte das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigt sein - und zwar vorzugsweise bis zum Jahr 2005 und auf allen

Bildungsebenen bis spätestens 2015. Nach Verstreichen des ersten Zieldatums ist die Geschlechterparität nicht erreicht. Die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen steigt allmählich: Der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten kletterte von 13 % im Jahr 1990 auf 18 % im Jahr 2009 - bei großen regionalen Unterschieden. Während in Lateinamerika und der Karibik 22 % aller Parlamentssitze von Frauen eingenommen werden, liegt der Frauenanteil in Nordafrika und Westasien noch unter 10 %, in Subsahara-Afrika bei 18 %, wobei Ruanda seit den Wahlen im Jahr 2008 mit 56 % den größten Frauenanteil im weltweiten Vergleich aufweist.

Bei der Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel (**MEZ 4**) gab es Erfolge. Aber trotz bemerkenswerter Verbesserungen ist die Kindersterblichkeit in Subsahara-Afrika, wo jedes siebte Kind vor Vollendung des fünften Lebensjahr stirbt, und in vielen Ländern Südasiens noch zu hoch.

Beim Ziel "Verbesserung der Gesundheit von Müttern" (**MEZ 5**) wurden die geringsten Fortschritte erreicht. Jedes Jahr sterben 536 000 Frauen und Mädchen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder in Folge der Entbindung. Die Hälfte aller Fälle von Müttersterblichkeit, meist bei den Armen anzutreffen, war in Subsahara-Afrika zu beklagen und ein weiteres Drittel in Südasien.

Auch bei der Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten (**MEZ 6**) gab es gemischte Resultate. Weltweit wurde im Jahr 1996 der Höhepunkt bei der Zahl der Neuansteckungen mit HIV erreicht. Seitdem ist die Zahl auf 2,7 Millionen im Jahr 2007 gesunken. Die geschätzte Anzahl der AIDS-Toten scheint ihren Höhepunkt im Jahr 2005 mit 2,2 Millionen Opfern erreicht zu haben. Dies liegt teilweise am verbesserten Zugang zu antiretroviralnen Medikamenten in ärmeren Ländern. Gewisse Fortschritte gab es auch bei der Bekämpfung der Malaria und der Eindämmung der Tuberkulose - aber noch nicht in befriedigender Weise, um die Globalziele zu erreichen.

Bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (**MEZ 7**) ist einiges auf der Habenseite zu finden; es überwiegt jedoch das Soll. Hinsichtlich der Zielvorgabe, die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einzubauen und den Verlust von Umweltressourcen umzukehren, haben einerseits beim Schutz der Ozonschicht starke, weltweite Entwicklungspartnerschaften und solide einzelstaatliche Politiken zu außerordentlichen Fortschritten geführt. [...]

Wenn bis zum Jahr 2015 der Anteil der Menschen, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen haben, um die Hälfte gesenkt werden soll, dann müssen die Anstrengungen vornehmlich in den ländlichen Gebieten erhöht werden. Fast alle Regionen kommen bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen in den Städten voran, und das Unterziel, bis zum Jahr 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeizuführen, ist in Reichweite.

Das letzte Millenniumsziel (**MEZ 8**) "Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft" ist von herausragender Bedeutung für die Schaffung eines der Entwicklung förderlichen internationalen Umfeldes. Hier

lautet die Bilanz: wenig Licht und viel Schatten. Von einem fairen und nicht-diskriminierenden Handels- und Finanzsystem ist man noch weit entfernt.

Handelsbarrieren für Entwicklungsländer und handelsverzerrende Subventionen seitens der Industrieländer sind kaum abgebaut worden.

Die Industrieländer, einschließlich Deutschlands, tun weniger als nötig, um energischen Schritte Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der globalisierten Marktwirtschaft zu gehen.⁶ In und zwischen den verschiedenen Politikbereichen mangelt es an kohärentem Handeln. [...]

Zwei Ursachenbündel sind für das Zurückbleiben verantwortlich: jene Faktoren, die nach der Verabschiedung der Millenniumserklärung besonders virulent wurden, wie die nach den **Terroranschlägen vom September 2001** erfolgten Prioritätensetzungen, bei denen für manche Industrieländer **militärische und sicherheitspolitische Gesichtspunkte** wichtiger wurden als zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische; [...] der **Klimawandel** mit seinen akuter werdenden negativen, in vielen Entwicklungsländern verheerenden Auswirkungen; die in den vergangenen Jahren aufgetretenen **Nahrungs- und Energiekrisen**; die globale **Finanz- und Wirtschaftskrise**. Hinzu kommen Faktoren [...] wie das **Bevölkerungswachstum** (die Erdbevölkerung - im Jahr 1990 belief sie sich auf 5,3 Milliarden - wird von jetzt 6,9 Milliarden auf 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 anwachsen); **korrupte Eliten; schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln**; die weitgehende **Vernachlässigung der ländlichen Regionen**, der (traditionellen) Landwirtschaft und des informellen Sektors; [...] Schwierigkeiten, die auf feindliche Ökosysteme, die Binnenlage ohne Meereszugang und kriegerische Auseinandersetzungen zurückzuführen sind; **das Festhalten an teuren, ökologisch schädlichen fossilen Energien**, statt den Reichtum an heimischen solaren bzw. biologischen Rohstoffen stärker zu nutzen. [...]

Millenniumsziele - eine defekte Vision

Die MEZ sind eine defekte Vision, vor allem, weil dafür unerlässliche Elemente wie Frieden und Demokratie fehlen.¹⁰ [...] Eine auf den international anerkannten Menschenrechten beruhende Demokratie mit einem starken Parlament und starken zivilgesellschaftlichen Organisationen ist jedoch eine wichtige Bedingung dafür, dass die Armen zu ihren Rechten kommen können.¹¹ Keine Diktatur ist auf Dauer überlebensfähig, weil sie dem Innersten des Menschen widerspricht. Die Demokratie ist weltweit als politischer Ordnungsrahmen anerkannt.¹² Demokratie und good governance lassen sich jedoch nicht mit Hauruck-Interventionen und imperialen Attitüden in fremde Länder exportieren. Schritte in die richtige Richtung von außen behutsam und mit Augenmaß zu fördern, ist auch ein Gebot der Solidarität.¹³ [...]



Ist Afrika selber schuld? – Urteile und Vorurteile über die Defizite eines Kontinents

von Augusta Conchiglia (13.07.2007) in www.monde-diplomatique.de/pm/2007/07/13/a0032.text.name.asksSC7FZ.n.19

Wirklich verschwunden waren die Vorurteile und Klischees über das subsaharische Afrika zwar nie, doch seit Beginn des 21. Jahrhunderts tauchen sie immer häufiger wieder auf. Es ist nicht zu leugnen: Die Entwicklungsstrategien, die man dem Kontinent auferlegt hatte, sind gescheitert. **Heute ist das BIP pro Einwohner niedriger als 1960. Manche Beobachter fühlen sich dadurch bestätigt und zeigen neuerdings keinerlei Hemmungen mehr, mit ihrer Verachtung hinterm Berg zu halten.** In Frankreich offenbarte sich diese Tendenz bereits anlässlich des rasch wieder aufgehobenen Gesetzes vom 23. Februar 2005, mit dem der Gesetzgeber die "positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee" unterstreichen wollte.¹ Mittlerweile lehnt man jegliches "Schuldgefühl" unverhohlen ab. Frankreich habe sich nicht zu schämen, erklärte Präsident Nicolas Sarkozy kategorisch gleich nach seiner Wahl.

Der Befund der Afrika-Pessimisten ist gnadenlos: Afrika sei "bankrott", seine Zukunft für Generationen höchst ungewiss. Die unbestreitbare Mitschuld unfähiger und korrupter Regime überdeckt in dieser Wahrnehmung zunehmend die nicht minder reale Verantwortung des Westens. Deshalb sind neuerdings immer mehr Leute bereit, den Theorien Glauben zu schenken, die auf Afrikas "suizidäre" Tendenzen verweisen. Wobei es übrigens afrikanische Autoren waren, die als Erste von einer "Entwicklungsverweigerung" sprachen und dem Schwarzen Kontinent eine "kulturelle Neuausrichtung" verschreiben wollten.²

Ist Afrika also in erster Linie das Opfer seiner selbst? Als Hauptschuldige werden ausgemacht: die Staatsmaschinerie, der ethnische Klientelismus und das Luxusleben und Spekulantentum der Superreichen und Geschäftsleute, das Korruption und Überschuldung hervorbringt.

Damit sollen "soziokulturelle und historische Blockaden" die Kluft zwischen Afrika und dem Rest der Welt erklären. Angeprangert werden vor allem irrationale, "für afrikanische Völker typische" Verhaltensweisen wie die geringe Neigung zur kapitalistischen Akkumulation. Zudem verhinderten die aus der Unterhaltpflicht für die Großfamilie erwachsenden Lasten, dass gespart und produktiv investiert werde. Völker, die ihre natürlichen Reichtümer verschleudern, seien auch an Versteppung und Entwaldung schuld, also fortschrittsunfähig und zu ewiger Entwicklungshilfe verdammt.³

¹ Claude Liauzu, "Hausaufgaben für Kolonialisten", "Le Monde diplomatique", April 2005.

² Gemeint sind die Bücher von Axelle Kabou, "Et si l'Afrique refusait le développement", Paris (L'Harmattan) 1991, und von Daniel Etounga-Manguelle, "L'Afrique a-t-elle besoin d'un programme d'ajustement culturel?", Ivry-sur-Seine (Ed. Nouvelles du Sud) 1991.

³ Siehe das in Frankreich heftig diskutierte Buch von Stephen Smith, dem Afrikaredakteur von "Le Monde": "Négrologie. Pourquoi L'Afrique meurt", Paris (Calmann-Levy) 2003. Eine Replik auf Smith verfassten: Boubacar Boris Diop, Odile Tobner, François-Xavier Verschave, "Nérophobie", Paris (Les Arènes) 2005.

Solche schiefen Pauschalurteile, die von den Medien begeistert aufgegriffen werden, beschäftigen das interdisziplinäre Team um **Georges Courade**, Forschungsdirektor am Institut de recherche pour le développement (Forschungsinstitut für Entwicklung, IRD). Die Autoren haben fünfzig gängige **Vorurteile über Afrika** unter die Lupe genommen und sie auf drei weithin popularisierte, "auf Annahmen beruhende Geisteshaltungen" zurückgeführt.

Die erste ist Resultat westlicher Projektionen (man sieht sich selbst und die eigene Identität im Spiegel Afrikas). **Die zweite** gründet auf einem deterministischen Verständnis der räumlichen, natürlichen und historischen Faktoren, aus denen die afrikanische Katastrophe erklärt wird. **Die dritte** betont die demografischen und kulturellen Hemmnisse für den materiellen Fortschritt. Unter dem Stichwort Identität wird ständig die ethnische Problematik ausgeschlachtet, um die inneren Konflikte und das Scheitern lebensfähiger Nationalstaaten zu erklären. Ohne **die Rolle der Ethnien** als Auslöser für Kriege herunterzuspielen, erinnern die Autoren daran, wie diese zumeist instrumentalisiert werden, wenn Gruppen um die Zentralgewalt kämpfen. Dabei gehe es dann "um die Profite aus Bergbau und Ölförderung, um die Verteilung der Staatsgelder, um den eminent wichtigen Zugang zum Boden, um die Zuteilung von Besitz- und Nutzungsrechten". [...]

Die Gruppe um Courade demonstriert ein weiteres Klischee: **Die Annahme, der Staat könne sich in Afrika nicht durchsetzen, weil er westlicher Import sei, wird als schwerer Denkfehler kritisiert.** Denn man habe es ja nicht mit dem Staat im westlichen Sinne zu tun, sondern mit dem Kolonialstaat, und der sei "ein Torso ohne politisches Haupt, im Mutterland angesiedelt, bar jeder Legitimität und vor Ort auf seinen Verwaltungsapparat reduziert". [...]

Obwohl die **Korruption** auf dem Subkontinent stark verbreitet ist, kann man sie nicht einfach mit der Tradition der "kleinen Geschenke" erklären, die in den alten Gesellschaften üblich war: "Die Korruption wurde zweifellos beschleunigt durch den Abbau öffentlicher Dienstleistungen im Gefolge der liberalen Ideologie und der Schwäche des Staates, vor allem aber durch die massive Verarmung der Bevölkerung." [...]

Wenn man über politische Korrekturen und Alternativen nachdenkt, gewinnt die Kritik an einem anderen verbreiteten Klischee entscheidende Bedeutung: an der **Überzeugung, dass natürliche Reichtümer automatisch die Entwicklung fördern**, sofern man für diese nur das richtig Konzept hat. Afrika verfügt tatsächlich über bedeutende Bodenschätze, die nicht ausgebeutet oder unbearbeitet exportiert, oft aber auch geplündert oder verschleudert werden.

Fest steht allerdings auch, dass eine ausschließlich auf Renteneinkommen und Rohstoffvermarktung beruhende Volkswirtschaft auch nicht unbedingt eine ökonomische Diversifizierung bewirkt und noch weniger eine halbwegs gerechte Verteilung der Früchte des Wachstums. Der Kontinent müsste sich deshalb vorrangig auf die "Ressourcen Mensch und Gesellschaft stützen, um sich in einem neuen

sozialen und politischen Rahmen innovativ, schöpferisch und unternehmerisch zu entfalten".⁴

Dringender denn je müsste sich die Gesamtheit der politischen Akteure Afrikas ernsthaft mit der Frage befassen, "welche Art von Entwicklung und welcher Umgang mit den natürlichen Ressourcen für ihren Kontinent wünschenswert ist". Ohne diesen Kraftakt werden viele Länder "strukturell entwicklungsunfähig" bleiben.

Die lange Nachgeschichte des Kolonialismus

Die Entwicklung aktueller Wirtschaftsstrategien wird allerdings noch immer durch Entscheidungen eingeschränkt, die bereits während der **Kolonialherrschaft** getroffen wurden. Jean Pierre Foirry [...] erinnert an die langfristigen Wirkungen der westlichen Herrschaft: "Eine gewollte einschränkende Spezialisierung auf Erzeugnisse, die zu den Produkten des Mutterlandes komplementär sind, hat ohne Zweifel die industrielle Revolution in diesen Ländern gebremst. Zumal es sich eher um die Plünderung der Rohstoffe handelte, die keinen ausgeglichenen Markt entstehen ließ, weil deren Preise für die örtlichen Erzeuger nicht günstig waren und sich weniger nach Angebot und Nachfrage richteten als vielmehr nach den zugrunde liegenden Machtverhältnissen." [...]

Vor den Risiken der Akkulturation durch Konsum warnt allerdings Cheikh Tidiane Diop. Er behauptet [...] entschieden, dass man den wirtschaftlichen Rückstand des Schwarzen Kontinents nicht seiner Identität anlasten könne. Schuld sei vielmehr die Weigerung der "internationalen Gemeinschaft" und der afrikanischen Länder selbst, "kulturelle Denkweisen als wesentliche Parameter der Entwicklung" zu berücksichtigen. **Diop verweist dabei auf die UNO, die eine Korrektur der vorherrschenden Modelle beabsichtigt** und fordert das Recht auf eine ausgewogene, die Menschen respektierende Entwicklung. **"Taugen Wachstumsraten als Index für glückliche Gesellschaften?"** [...]

Differenzierter argumentiert Jean-Pierre Foirry

Er attestiert der afrikanischen Kultur zwar "Zukunftswerte, auf denen ein afrikanisches Modell nachhaltiger Entwicklung aufbauen könnte", doch er befürchtet, dass "die Fixierung auf die Traditionen und der tatsächliche Mangel an Mentalitäts- und Verhaltensänderung" zur Falle und die Entwicklungskrise damit "kurz- und mittelfristig quasi unüberwindbar" werden könne. Als weitere Falle sieht er die Überbevölkerung und ihre Auswirkungen auf die Integration des Kontinents in die Weltwirtschaft. Der Teufelskreis eines zu starken demografischen Wachstums müsse durchbrochen werden, weil er das Sparen verhindere und damit sowohl Sozialausgaben als auch Investitionen unmöglich mache.

Diese postulierte "selbstmörderische Demografie" wird in dem Sammelband von Georges Courade anders wahrgenommen. Vier Jahrhunderte lang sei Afrika ausgeblutet und unterbevölkert gewesen.

Erst seit 1960 gebe es ein "ungehemmtes" Bevölkerungswachstum und eine "galoppierende" Verstädterung. Der gewaltige Zuwachs werde noch zwei Generationen lang anhalten, sei aber konjunkturell begrenzt und im Übrigen historisch notwendig.

Außerdem beginne die Geburtenrate seit 1992 allmählich zu sinken. Das gegenwärtige Wachstum sei "schlicht ein Aufholen, wodurch Afrika wieder auf den Anteil (17 %) an der Weltbevölkerung kommen könnte, den es bereits im 16. Jahrhundert hatte".⁵

Afrikas Benachteiligung durch die Geografie

Courade und seine Mitarbeiter sind der Ansicht, dass der demografische Bonus für Afrika - wie einst für Asien - positive Wirkungen haben könne, zumal 45 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre alt sind und damit mehr Menschen besser ausgebildet sind als früher. **Die wirkliche Herausforderung des 21. Jahrhunderts** sei also nicht die Bevölkerungsexplosion, sondern "die Suche nach einem gerechteren Wachstum der Weltwirtschaft". Zur Erklärung der anhaltenden Unterentwicklung des Kontinents ziehen die Autoren auch andere, insbesondere geografische Faktoren heran. Nach Foirry "kumulieren sich die Handicaps und Nachteile in den afrikanischen Ländern stärker als in anderen armen Ländern, die sich in letzter Zeit aus eigener Kraft aus der Armutsfalle befreien konnten". So lebt jeder dritte Afrikaner in einem Binnenland, was in Lateinamerika nur für jeden dreißigsten und in Asien nur für jeden fünfzigsten Bewohner gilt.

Für Foirry ist vor allem das tropische Afrika - die ärmste Region des Kontinents, in der auch fast alle der am wenigsten entwickelten Länder liegen - durch die Geografie benachteiligt: Eine weit verstreute bäuerliche Bevölkerung bedeutet hohe Transportkosten und beschränkten Marktzugang, es dominieren große Trockenzonen bei nur wenigen Flüssen, die Bewässerung in großem Maßstab ermöglichen, Tropenkrankheiten sind endemisch und anderes mehr. Selbst die am besten regierten Tropenstaaten "entgehen nicht der Armutsfalle". Wobei für Foirry beide Faktoren zusammenhängen: "Ein Land ist nicht nur arm, weil es schlecht regiert wird; es wird auch schlecht regiert, weil es arm ist." Für den Aufstieg Afrikas braucht es laut Foirry umwälzender Veränderungen. Die ließen sich allerdings nicht von einem auf den anderen Tag durchsetzen. Etwas von diesem Wandel sei jedoch schon überall zu spüren, vor allem in der jüngeren Generation und in der städtischen Bevölkerung, die inzwischen in Afrika die Mehrheit ausmacht. Aber der Prozess werde erst vollendet sein, wenn die Länder demokratisch regiert werden, wenn die Abhängigkeit von äußerer Hilfe reduziert sein wird, wenn die "Informalisierung" der Gesellschaften gestoppt ist und wenn modernisierte Arbeitsverhältnisse eine dynamische Mittelklasse hervorgebracht haben. [...]

Für diese optimistische Vision wird sich Cheikh Tidiane Diop kaum begeistern können, impliziert sie doch die "Normalisierung" Afrikas und den Verzicht auf einen eigenen, originellen Weg. Für Diop steht vielmehr fest: **"Afrika braucht keine Hilfe oder Unterstützung, es braucht vor allem Achtung."**

Aus dem Französischen von Josef Winiger
Le Monde diplomatique Nr. 8324 vom 13.7.2007,
Seite 3-4, 501 Dokumentation, taz-Verlag

⁴ Siehe Sylvain Guyot, "Déconstruire les savoirs sur l'Afrique et les relire en mode hypertexte", in: Courade, "L'Afrique".

⁵ Siehe den Beitrag von Georges Courade und Christine Tichit, in: Courade, "L'Afrique".

Infos zu Tansania aus **Freundeskreis**

Bagamoyo e.V. (Bagamoyo Friendship Society)
<http://www.bagamoyo.com/23.html>

2005: Faire Parlamentswahlen und Wahlsieg der CCM

Im Dezember 2005 fanden in Tansania nationale Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die amtierende Regierungspartei CCM erringt von den insgesamt 232 Parlamentssitzen 206 (88,8%). Die restlichen Sitze fallen an die Oppositionsparteien CUF mit 19 Sitzen (8,2%), Chadema mit 5 Sitzen (2,2%), sowie TLP und UDP mit jeweils 1 Sitz (0,4%). Neuer Staatspräsident wird der bisherige Außenminister Jakaya Kikwete aus dem Bagamoyo Distrikt mit 9,1 Mill. Wählerstimmen in der Direktwahl (80,2%) vor Prof. Ibrahim Limpumba (CUF) mit 1,3 Mill. (11,6%) Stimmen. Sämtliche europäischen und afrikanischen Wahlbeobachter sprechen von einem fairen Wahlverlauf.

Staatspräsident
Jakaya Kikwete



2006: Schuldenerlass

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erlässt zu Beginn des neuen Jahres neben 18 weiteren armen Ländern auch Tansania die Schulden. Das Abschreiben der Kredite kostet den IWF umgerechnet 2,8 Milliarden Euro. Auch die Weltbank und die afrikanische Entwicklungsbank wollen noch in diesem Jahr über einen Schuldenerlass entscheiden. Die reichen Länder versprechen bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2005 in Washington, die ausfallenden Beträge zu ersetzen. Dafür musste auch Tansania eine gute makroökonomische Politik und Programme zur Armutsfinanzierung vorweisen. Die Fortschritte im Kampf gegen die Korruption und die wirtschaftlichen Fortschritte rechtfertigen das Vertrauen der Geberländer.

2008: Kikwete wird Präsident der Afrikanischen Union

Das internationale Ansehen Tansanias verdeutlicht die Wahl des tansanischen Staatspräsidenten Jakaya Kikwete zum Präsidenten der Afrikanischen Union. Im Februar 2009 stellt sich Kikwete allerdings desillusioniert nicht mehr zur Wiederwahl. Auch die Ernennung von Asha-Rose Migiro zur Stellvertretenden UN-Generalsekretärin (seit 2007) ist ein großer außenpolitischer Erfolg.

2009/10: Wirtschaftswachstum trotz globaler Finanz- und Wirtschaftskrise

Trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt das Wirtschaftswachstum ungebrochen. Allerdings sinkt es von 7,5 % (2008) auf 5,5 % (2009). Die weiterhin positive Entwicklung verdankt Tansania weiteren bedeutenden Funden und der Erschließung von Bodenschätzen wie Gold, Diamanten, Gas und demnächst auch noch Uran. Tansania steigt im Jahr 2009 zum drittgrößten Goldproduzenten Afrikas auf. Auf der negativen Seite sind eine hohe Inflationsrate (12/2009: 12,5 %), zahlreiche Korruptionsfälle und eine immer größere werdende Schere zwischen Arm und Reich zu nennen. Vor diesem Hintergrund finden im **Oktober 2010** die nächsten, mit Spannung und teils auch mit Sorge erwarteten nationalen **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen** statt.

Aktuelle Situation

Tansania zählt immer noch zu den 25 ärmsten Ländern der Welt. Die in den letzten Jahren eingeleiteten und von den Geberländern geforderten Strukturreformen brachten marktwirtschaftliche Verhältnisse und ein Einsetzen des Wachstums nach den ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes im Jahre 1995.



Zwischen 1996 und 2002 wuchs das Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um 4,6 Prozent und lag 2005 bereits bei 6,3 Prozent. Noch im Jahre 1995 lag das BIP bei knapp 19 Mrd. US-Dollar, d.h. eine pro-Kopf-Erwirtschaftung von 650 USD. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds gewährten hohe Anschubfinanzierungen zur Modernisierung der völlig veralteten Infrastruktur.

Für die Jahre 2004 und 2005 wurde ein Wachstum von 5,5 bis knapp 6 Prozent prognostiziert - tatsächlich waren es im Jahre 2005 dann sogar 6,3 %. Ein wichtiger Faktor war, dass sich der Tourismus weiterhin positiv entwickelte (2008 erbrachten 770.000 Besucher eine Rekordeinnahme von 1,2 Mrd. US-Dollar).

Auch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010 konnte das anhaltende Wirtschaftswachstum nicht bremsen. Allerdings sank es von 7,4 % (2008) auf 5,0 % (2009). [...]

Auch wenn das Wachstum im vergangenen Jahrzehnt vor allem durch eine Steigerung der Produktivität im Bergbau hervorgerufen wurde, hängt gleichwohl die Wirtschaftskraft Tansanias in erster Linie von der **Landwirtschaft** ab, die für die Hälfte des Bruttonsozialproduktes verantwortlich ist, **85 Prozent der Exporte** erwirtschaftet und in der 80 Prozent der Bevölkerung ihr Auskommen findet.

Die Inflation, die 2004 noch bei etwa 4 Prozent lag und damit bereits die niedrigste Rate seit 25 Jahren war, erhöhte sich im Jahr 2007 allerdings schon wieder auf 7,3 % und lag im Dezember 2008 sogar bei 13,5 % (Dezember 2009: 12,5 %). Als Ursache für die Inflation werden gestiegene Energie- und Transportkosten sowie eine Verteuerung der Lebensmittel angeführt, worunter vor allem die arme Bevölkerung leidet. Immerhin zum Vergleich: 1995 lag die Inflationsrate noch bei 30 %.

Im Jahr 2007 haben sich die Anstrengungen der Industriestaaten in der Entwicklungszusammenarbeit deutlich verbessert. Tansania ist nicht nur ein **Schwerpunktland deutscher Entwicklungshilfe**, sondern beispielsweise stellen auch die USA von 2008-2012 mit 698 Mill. US-Dollar für die Bereiche Straßen- und Eisenbahnbau, Wasser und Energie einen neuen Rekord auf. Weitere Projekte sind z.B. der Ausbau der Elektrizitätsversorgung (111 Mill. USD überwiegend als Weltbank-Kredit) oder das neue, 17.000 km lange unterseeische Internet-Kabelprojekt, das unter Beteiligung der KfW im Januar 2010 den Anschluss auch von Tansania an das weltweite Netz hergestellt hat.

Das verstärkte Engagement der Industriestaaten bzgl. Tansania wird auch mit den Fortschritten in der Demokratieentwicklung und im Kampf gegen Bürokratie und Korruption begründet. Im Jahr 2009 häufte sich allerdings die internationale Kritik an der wieder rapide anwachsenden Korruption im Lande. [...] Der Anti-Korruptionsindex des Jahres 2009, aufgestellt von Transparency International, zeigt einen Fall Tansanias nach zahlreichen Korruptionsskandalen (so z.B. bei der Nationalbank in einer gigantischen Millionenhöhe) und zunehmender **Korruption** im Alltag von Platz 94 (bislang beste Platzierung) auf Platz 126 - ein dramatischer Abfall, der von unabhängigen Journalisten, weiten Teilen der Bevölkerung und vielen Entwicklungshelfern als realistisch dargestellt wird. Nach den Kriterien von Transparency International muss Tansania weiterhin als "korrupt" bezeichnet werden.

Die aufgestockten Zahlungen und Kredite der europäischen und nordamerikanischen Staaten geschehen allerdings auch zunehmend vor dem Hintergrund einer **Offensive Chinas** in Schwarzafrika und in Tansania. [...] Besonders erfreulich ist nach Jahren der Stagnation das stärkere Engagement des Auswärtigen Amtes in Sachen Bildung und Kultur. Im Herbst 2008 wurde das 10 Jahren zuvor aufgelöste Goethe-Institut in Dar es Salaam wieder neu eröffnet.

Im Laufe des Wechsels von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft mussten die Armutbekämpfungsprogramme Tansanias immer wieder angepasst werden, weil die Liberalisierung als Aufforderung zur hemmungslosen Bereicherung missverstanden wurde. Die öffentliche Verwaltung hat mit der Modernisierung nicht Schritt halten können. [...] Immerhin wurde die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe vorangetrieben. [...]

Politisch scheint Tansania von einer bemerkenswerten Stabilität gekennzeichnet - einmal abgesehen von den immer einmal wieder aufbrechenden **Unruhen auf der Insel Sansibar**. Wenn der afrikanische Sozialismus des Julius Nyerere auch wirtschaftlich verheerende Folgen zeitigte, hatte er doch nicht nur negative Seiten: Tansania hat heute eine nationale Identität, die dazu beiträgt, die ethnischen Rivalitäten im Zaum zu halten, und die damit eine Politik jenseits ethnischer Alimentierungsmentalität erst möglich macht.

Das größte Problem Tansanias stellt die **Arbeitslosigkeit** und damit ein Fortbestehen der Armut dar. Ein tansanischer Haushalt muss bis zu 70 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel aufwenden. Nimmt man allerdings den Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen zum Maßstab, der sich weniger an Einkommen als an Lebenserwartung und Bildungsparameter orientiert, kommt Tansania aktuell auf den 151. Platz von 175 Ländern. [...] Trotz der hohen Arbeitslosigkeit von etwa 30 % (offiziell sind es allerdings lediglich 5,1 % im Jahre 2005) haben Arbeitgeber Schwierigkeiten, qualifizierte Kräfte zu finden.

Dabei sind mehr als die Hälfte der Arbeitslosen jünger als 30 Jahre, und wie in nahezu jedem afrikanischen Land ist eben diese **Perspektivlosigkeit junger Menschen** eine potentielle Zeitbombe.

Religionskriege und Bürgerkriege gibt es im Gegensatz zu anderen Ländern Afrikas nicht. Trotz der Kritik von Amnesty International in den Bereichen Albino-Morde, Pressefreiheit, Gewalt gegen Frauen und

Mädchen sowie Haftbedingungen, zählt Tansania unbestritten zu den (nach afrikanischen Maßstäben) demokratischsten Ländern des schwarzen Kontinents. **Die innenpolitische Lage ist recht stabil.** Die Vielzahl der Zeitungen, die sich mit ihrer Kritik an der Regierung nicht zurückhalten, ist auch ein Ausdruck der relativen Pressefreiheit zumindest auf dem Festland. Ein undemokratisches und international kritisierter Pressegesetz auf Sansibar hat hingegen u.a. zum Verbot unliebsamer Zeitungen geführt.

International auf die Anklagebank geriet Tansania mit den rituellen, von traditionellen Heilern in Auftrag gegebenen **Morden an unter Albinismus**

leidenden Menschen (Albinos), was weltweit u.a. von mehreren UN-Organisationen scharf verurteilt wurde. Die im Amnesty-Jahresbericht 2009 noch wegen Untätigkeit kritisierte tansanische Justiz hat inzwischen mehrere Albino-Mörder zum Tode verurteilt. Die Regierung und die tansanische Zivilgesellschaft haben die Morde ebenfalls verurteilt, landesweit wurde alle Heilern ein vorläufiges Berufsverbot erteilt. [...]

Die nächsten nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen finden im Oktober 2010 und werden mit Spannung, angesichts der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich aber auch mit zunehmender Sorge erwartet.

Das Bildungs- und Gesundheitswesen ist nach wie vor katastrophal. Viele Krankenhäuser verdienen diesen Namen nicht - vor allem die staatlichen Einrichtungen. Wer Geld hat, sucht die kirchlichen oder (noch besser) die privaten (teuren) Kliniken auf. Jährlich sterben Hunderttausende an Malaria, Aids, Cholera und anderen Krankheiten, die in manchen Regionen ganze Familien auseinanderreißen.

Die Zahl der Aids-Waisen wird gegenwärtig auf über eine Million geschätzt.

Immerhin sind als Folge der mit der **Entschuldung** verbundenen Auflagen im Gesundheitswesen einige Fortschritte unverkennbar. Oft fehlt allerdings auch noch das ausgebildete medizinische Fachpersonal. Durch die kostenlose Verteilung von wirksamen Malaria-Medikamenten konnte die Malaria-Kindersterblichkeit im Jahr 2007 z.B. auf Sansibar um 75% reduziert werden. Ein in Tansania (u.a. in Bagamoyo) entwickeltes und getestetes Impfmittel gegen Malaria erweckt große Hoffnungen. Der im letzten Dezember von der WHO vorgelegte World Malaria Report 2009 stellt einen **Rückgang der Malaria-Todesfälle** in Tansania um 50 % fest.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erließ am 1. Januar 2006 neben 18 weiteren armen Ländern auch **Tansania die Schulden**. Das Abschreiben der Kredite kostet den IWF umgerechnet 2,8 Milliarden Euro. Auch die Weltbank und die afrikanische Entwicklungsbank wollen über einen Schuldenerlass entscheiden. Die reichen Länder versprachen bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2005 in Washington, die ausfallenden Beträge zu ersetzen. Dafür musste auch Tansania eine gute makroökonomische Politik und Programme zur Armutsfinanzierung vorweisen. Siehe: <http://www.bagamoyo.com/24.html>

Kenianisches Fieber – Verursacht haben es nicht die Ethnien, sondern die Eliten

Jean-Christophe Servant (Le Monde diplomatique, 8.2.2008)

Drei Tage nach den "historischen Wahlen" [...] stand Kenia in Flammen. Die Bekanntgabe der Ergebnisse, die offensichtlich zugunsten des bisherigen Präsidenten Mwai Kibaki gefälscht waren,¹ löste blutige Zusammenstöße aus.



Fast tausend Tote sind die bisherige Bilanz der Gewaltakte "manipulierter Jugendbanden, die die Bevölkerung terrorisierten". So charakterisiert sie der Keniaexperte Hervé Maupeu, der die ethnische Dimension der Ereignisse stark relativiert.² Am Blutbad mitschuldig waren auch Polizeikräfte, die die Erlaubnis zum "gezielten Töten" bekommen hatten.

Für die breite Öffentlichkeit des Westens kam diese Entwicklung überraschend: Das Keniabild, das ihm bis zu diesem verhängnisvollen Wahlgang geboten wurde, war geprägt von weiten, traumhaften Landschaften, einer Mischung aus Fotografien von Peter Beard und dem "König der Löwen" aus dem Kinderbuch. Und von Fernsehberichten über das Samburu-Dorf Umoja, in dem einige Dutzend Frauen in männerfreier Zone ihr Leben selbst in die Hand nehmen³ eine überaus erbauliche, feministisch korrekte Geschichte aus einem zeitlosen Afrika, deren Glanzpapierversion in den europäischen Printmedien dafür sorgen sollte, dass die Geldquellen des kenianischen Tourismus nicht versiegen.

Doch die Bungalows in den Nationalparks und die Strandhotels am Indischen Ozean, die jährlich über eine Million Touristen ins Land locken, sind eine Welt für sich, fern der Realität.

Mit einem Wachstum von 6 Prozent im Jahr 2007 und einem Börsenindex, der innerhalb von sechs Jahren um mehr als 800 Prozent nach oben geschossen ist, galt dieser "Garten" des afrikanischen Kontinents bislang als "Modell des Wohlstands und der Stabilität". Entsprechend war Kenia das Hätschelkind der internationalen Geldinstitute.

Tatsächlich jedoch war das Land von einem Fieber infiziert, für das man nur seine Nachbarn Äthiopien, Sudan, Somalia und Uganda anfällig glaubte. Keine zwei Kilometer vom Geschäftsviertel Nairobi entfernt tickte eine soziale Zeitbombe: die 134 "informellen Siedlungen", in denen 60 Prozent der Einwohner der Hauptstadt zusammengepfercht leben. Diese Elendsviertel stehen im Ruf, die größten und explosivsten Slums des subsaharischen Afrika zu sein.⁴ Die Gewalt war schon immer latent in dieser Hauptstadt, in der 20 000 Menschen im Exil leben. Hier haben die Unterorganisationen der UNO und die wichtigsten Nichtregierungsorganisationen ihren regionalen Sitz. Hier haben rund 100 multinationale Konzerne ihre Operationsbasis für die **Eroberung der aufkeimenden afrikanischen Märkte** etabliert. Und in keiner anderen Hauptstadt residieren so viele Afrikakorrespondenten.

Aber, erläutert Jacqueline Klopp, Professorin an der Columbia University, "die Geschichte des Landes ist seit der Kolonialzeit von Gewalt und Unterdrückung

gezeichnet. An den meisten Schauplätzen der Gewalt, in Eldoret, Molo oder Narok, hatte es schon anlässlich der Wahlen von 1992 und 1997 Zusammenstöße gegeben. Die viel zu vielen Flüchtlinge, die hier in Armut und Unsicherheit leben, sind auch nun wieder in der Rolle der Opfer."⁵

Todesschwadronen durchkämmen die Slums

Im Herbst 2007, als der Herausforderer des amtierenden Präsidenten Kibaki, Raila Odinga, bei den Umfragen weit vorn lag, hatte sich das Land gerade erst von einem blutigen Sommer erholt. In den No-go-Areas der Hauptstadt wirkten noch die mörderischen Fehden von 2006 nach, bei denen Luo-Milizen (die sich Taliban nennen) und Kikuyu-Milizen (als Mungiki bekannt) um die Kontrolle des Schwarzmarkts für Changaa, den traditionellen selbst gebrauten Schnaps, kämpften. Dabei kam es immer wieder zu außergerichtlichen Hinrichtungen der Kwe Kwe Squad. Diese Spezialeinheit schoss gezielt auf alle jungen Leute, die nach Mungiki aussahen. 500 Menschenleben hat dieses Todesschwadron der Regierung auf dem Gewissen. Aber auch die Mungiki verstärkten mit ihren [...]

Grausamkeiten in den Slums die Ressentiments gegen die Kikuyu, die Ethnie des Präsidenten.

Am Mont Elgon und Mont Kenya, im Rift Valley, wo 15 Jahre zuvor Konflikte um die Landverteilung und danach gewaltsame Vertreibungen tiefe Gräben zwischen der mehrheitlichen Ethnie der Kikuyu-Ackerbauern und der Minderheit der Kalenjin-Viehzüchtern aufgerissen haben,⁶ wüteten zur selben Zeit "Milizen, die von mächtigen Politikern manipuliert werden, mit dem Ziel, eine allgemeine Verunsicherung durch Gewalt herbeizuführen und die politische Demografie und das Zusammenleben der Ethnien in den Bezirken zu stören".⁷

Im Herbst kursierten erste Gerüchte über Manipulationen: Der 72-jährige amtierende Präsident beschloss eine "Verwaltungsreform", die zum Ergebnis hatte, dass in den Regionen seiner Anhänger immer neue Wahlbüros entstanden. Zugleich wurde die Wahlkommission teilweise neu besetzt. Im Wahlkampf standen sich dann zwei Schwergewichte gegenüber. Kibaki und Odinga traten nach 40 Jahren in der Arena kenianischer Politik zu ihrem letzten Duell an, das von Korruption und schmutzigem Geld geprägt war.⁸

Vor der Wahlkommission hatten alle Kandidaten einen Verhaltenskodex unterzeichnet, der einen feierlichen Gewaltverzicht enthielt. Doch die Tragödie war nicht mehr aufzuhalten. Sie nahm ihren Lauf in den Wahlbezirken, in denen "eine immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und eine zunehmende Verelendung" herrschen und die enttäuschten Hoffnungen in die Revolte umschlagen.⁹ Auf beiden Seiten wurden die Befehlsempfänger früherer Gewaltexzesse mobilisiert, denen Straflosigkeit für ihre früheren Straftaten zugesichert wurde. Diese Elemente führten nun erneut einen Wahlkampf im Dunkel, indem sie - mit Geld und dem Gift des Ressentiments - Zwietracht in einer Bevölkerung stifteten, die zwischen euphorischer Hoffnung und hilfloser Wut hin und her gerissen war.

Die Verhältnisse, die den Konflikt in Kenia hervorgebracht haben, erinnern eher an die Zustände in der Elfenbeinküste am Ende der 1990er-Jahre als an die furchtbaren Ereignisse von 1994 in Ruanda.

Nairobi hat im anglofonen Ostafrika eine ähnliche Drehscheibenfunktion wie Abidjan im frankofonen Westafrika. Und so, wie sich in Abidjan der Großteil ausländischer Asylanten in bestimmte Viertel zurückzog, so verschanzten sie sich in Nairobi hinter den hohen Sicherheitszäunen der feinen Viertel und zogen es vor, vor der kenianischen Realität die Augen zu verschließen und zu schweigen. Doch mittlerweile zeigt die Krise ihr wahres Gesicht: Ihr Kern ist die Diskrepanz von unmäßigem Reichtum und blanke Not - "die politische Elite platzt geradezu vor Selbstgefälligkeit, und das Volk versinkt im Elend".¹⁰

Der ärmste Teil der Kikuyu, seiner eigenen ethnischen Basis, stimmte gegen Mwai Kibaki. Wie schon beim Verfassungsreferendum vom 22. November 2005 ließen diese Leute ins Lager von Luo Odinga über.¹¹ Bei den Wählern, die von ihm eine Veränderung erhofft hatten, hat der Staatschef in den Jahren von 2003 bis 2005 allen Kredit verspielt. Er hatte Gerechtigkeit versprochen und angekündigt, die Korruption zu bekämpfen und die Menschenrechtsverstöße unter dem Moi-Regime (1978 bis 2002) aufzuklären zu lassen. Aber nichts dergleichen geschah. Statt Beschuldigte vor Gericht zu bringen, musste der für Korruptionsbekämpfung zuständige sogenannte Zar John Githongo im Februar 2005 nach London fliehen.

Damals verließ auch Odinga [...] die von der Kikuyu-Entourage des Präsidenten beherrschte Regierungskoalition. Heute ist Odinga mit 62 Jahren ein erfahrener und geschickter Geschäftsmacher, "dessen Vergangenheit als politischer Demagoge alles andere als unschuldig ist".¹² Das Umfeld seiner Berater ist inzwischen ebenso undurchsichtig und skandalumwittert wie das seines früheren Gönners Kibaki. [...]

Die fünf Jahre der Kibaki-Präsidentschaft haben die Bruchlinien zwischen Arm und Reich einer Gesellschaft sichtbar gemacht, in der die Hälfte der Bevölkerung mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen muss.¹⁴ In den Slums von Mombasa, Nairobi und Kisumu schlägt sich eine junge Bevölkerung durch, die Globalisierung am eigenen Leib erfährt, ohne von ihr zu profitieren. [...]

Die Soziologin Awinda Atieno, die über die jungen Kukuyu in den Slums von Nairobi geforscht hat, meinte kurz vor den Wahlen besorgt: "Aus Liebe zu Kenia wollen wir hoffen, dass die Mungiki nur ein Symptom des vorübergehenden Wahlfiebers sind und kein brutales Vorzeichen für etwas noch sehr viel Brutaleres."¹⁵ Die nach Kenia entsandte US-Staatssekretärin für afrikanische Angelegenheiten, Jendayi Frazer, forderte Kibaki und Odinga nach den Unruhen auf, "dieses Problem gemeinschaftlich zu lösen, um die Institutionen Kenias zu stärken". Kenia ist Washingtons "strategischer Partner" (was dem Land 2007 mehr als 500 Millionen Dollar an bilateraler Hilfe beschert hat) und Vorposten im Kampf der USA gegen den Terrorismus am Horn von Afrika. Es zählt sogar zu den Kandidatenländern für den Sitz des Africom, des Militärkommandos, das die USA auf dem afrikanischen Kontinent einrichten wollen. Über Kenia laufen auch die Verbindungslien zum Meer für die benachbarten Binnenstaaten Uganda, Ruanda, Burundi, aber auch für den Südsudan und für Ostkongo.

All diese Regionen leiden bereits schwer unter den Preissteigerungen bei Treibstoffen und Lebensmitteln; und auch die Wirtschaft des ostafrikanischen Hinterlands wird durch die Schockwellen der kenianischen Ereignisse hart getroffen.

Im Parlament Kenias hat das Orange Democratic Movement (ODM) von Raila Odinga bereits die Mehrheit. Die von Mwai Kibaki am 7. Januar ernannte Miniregierung ist mit alten Bekannten besetzt: Innenminister Georges Saitoti hatte 2006 als Erziehungsminister zurücktreten müssen, weil auch er in den Goldenberg-Skandal verwickelt war.

Mwai Kibaki hat die Krise lange Zeit heruntergespielt. Doch mittlerweile wird das Land unregierbar. **Es scheint, als werde sich das Schicksal Kenias auf der Straße entscheiden.**

Ein berühmtes Kikuyu-Sprichwort lautet: "Wenn in der Savanne zwei Elefanten miteinander kämpfen, leidet nur das Gras."

Fußnoten:

- (1) Im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl wurde der Ablauf der am selben Tag durchgeführten Parlamentswahlen nicht bemängelt. Das vom Oppositionskandidaten Raila Odinga angeführte Orange Democratic Movement (ODM) errang 99 der 222 Sitze, Kibakis Partei der Nationalen Einheit nur 43. Der Staatschef wird also seine Gesetze in einem Parlament durchsetzen müssen, in dem fast die Hälfte der Abgeordneten seine Regierung für illegal hält.
- (2) "Le Soir, Brüssel, 2. Januar 2008.
- (3) "Das Dorf der Emanzen", gesendet u. a. vom NDR am 4. 11. 2007, 19.20 Uhr.
- (4) Siehe Jean-Christophe Servant, "Christus, Dreadlocks und Mau-Mau. Kenias Jugend zwischen sozialem Protest und mafioser Gewalt", "Le Monde diplomatique", Jan. 2005.
- (5) "Impunity and Violence in Kenya" erscheint in einer der nächsten Nummern von "Review of african political economy" (London).
- (6) "Kenya elections: a luo and kikuyu affair", "The New Vision", Kampala, 5. Dezember 2007. Nach 24 Jahren an der Macht war 2002 die Kenya African National Union (Kanu) des Autokraten Daniel Arap Moi von einer Regenbogenkoalition unter der Führung von Mwai Kibaki gestürzt worden. Die Wähler bestrafen damit vor allem die umfassende Korruption und die blutige Repression der oppositionellen Luo und Kikuyu.
- (7) "Deadly militiamen: the untold story", "The Daily Nation", Nairobi, 9. April 2007.
- (8) Jean-Philippe Remy, "Les démons libérés du Kenya", "Le Monde", 4. Januar 2008.
- (9) Siehe Paul Rogers, "Losing Control: Global security in the 21st century", London (Pluto Press) 2002.
- (10) Michela Wrong, "How Kenya Lost its way", "The New Statesman", London, 3. Januar 2008.
- (11) Bei diesem Verfassungsreferendum stimmten auch viele Kikuyu mit Nein und trugen damit zu der von Raila Odinga betriebenen Ablehnung der Verfassung bei.
- (12) Siehe Gerard Prunier, "Kenya: les vieux habits du président Kibaki", "Libération", Paris, 15. Januar 2008.
- (14) "Etats et sociétés fragiles. Entre conflits, reconstruction et développement", hg. von Jean Marc Châtaigner und Hervé Magro, Paris (Karthala) 2007.
- (15) Awinda Atieno, "Mungiki, Neo Mau Mau and the prospects for democracy in Kenya", "Review of African Political Economy" Nr. 113, London, Herbst 2007.

Aus dem Französischen von Josef Winiger
Le Monde diplomatique Nr. 8500 vom 8.2.2008,
Jean-Christophe Servant : www.monde-diplomatique.de/pm/2008/02/08/a0033.text.name.askSRYesV.n.5

Somalia - Land ohne Gesetz

Reise durch einen gescheiterten Staat

Film von Ashwin Raman
www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/308992

"Sie sind der einzige zivile Ausländer in Mogadischu", sagt einer der Zollbeamten zur Begrüßung am Flughafen. Die unbelegten Zimmer im Hotel Shamo bestätigen seine Aussage.

Wenige Wochen nach dem Aufenthalt von Ashwin Raman wird die Veranstaltungshalle des Hotels von einem Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt, 19 Somalier kommen dabei ums Leben.



Von der UNO als gescheiterter Staat deklariert, ist Somalia ohne Zweifel das gefährlichste Land der Erde.

Eine islamistische Terrorgruppe, die der Al-Kaida nahesteht, baut hier ihre Machtbasis immer weiter aus. Kaum ein westlicher Journalist wagt es, aus diesem Teil Ostafrikas zu berichten. Die Liste der ermordeten oder entführten Journalisten, die es dennoch versuchten, ist lang. Trotzdem reist der ZDF-Autor Ashwin Raman im Herbst 2009, ausgestattet mit kugelsicherer Weste und einer kleinen Videokamera, in das Land am Horn von Afrika. Nach dem Sturz des Diktators Siad Barre, 1991, scheiterten knapp zwanzig Versuche, eine zentrale Regierung in Somalia zu bilden. Mit Unterstützung der UN wird Anfang 2009 Sheik Sharif Ahmed als Präsident einer provisorischen Regierung ernannt.

Sharif kontrolliert jedoch nur etwa zehn Prozent des Landes, der Rest befindet sich in den Händen der Al-Shabab, einer islamistischen Gruppierung mit Verbindungen zur Al-Kaida. Sie zieht auch immer mehr junge Muslime aus Europa und den USA an, die im sogenannten "heiligen Krieg" mitkämpfen wollen. An die **eine Million Somalier verlieren** in fast zwanzig Jahren Bürgerkrieg **ihre Leben**, weitere **zwei Millionen sind auf der Flucht**.

Ashwin Raman gelingt es, bei allen verfeindeten Gruppierungen zu filmen, häufig unter Gefährdung des eigenen Lebens. So gerät er in ein heftiges Gefecht zwischen der Al-Shabab und den Regierungstruppen im Norden Somalias. Seinen letzten Tag in Mogadischu beschreibt der Autor als den gefährlichsten seines Aufenthalts. Er und seine Bodyguards, die ihn auf einem Teil seiner Reise begleiten, werden mehrmals aus vorbeifahrenden Autos beschossen.

Die Reportage gibt auch einen tiefen **Einblick in die amerikanische Anti-Terror-Strategie in Ostafrika** rund um den Brennpunkt Somalia. So besucht Raman den US-Militärstützpunkt im benachbarten Dschibuti und ein Ausbildungscamp am Viktoriasee, in dem ugandische Soldaten von amerikanischen Spezialisten für die Terrorbekämpfung in Somalia trainiert werden. Offiziell heißt es, die rund 2.000 US-Soldaten in der Region würden für zivile Projekte in den Nachbarländern eingesetzt. Doch in Wirklichkeit sind US-Streitkräfte und -Geheimdienste dort, um den zunehmenden Einfluss von Terrorgruppen wie Al-Kaida zu stoppen.

Piraterie vor den afrikanischen Küsten und ihre Ursachen

von Edward A. Ceska (Das Parlament, Nr. 34 / 20. Aug. 2009, www.bundestag.de/dasparlament/2009/34-35/Beilage/006.html)

Von der Malakkastraße bis zum karibischen Archipel - seit jeher treiben sich auf allen Weltmeeren Piraten herum, ganz gleich, ob sie es dabei auf Geld oder Frachtgut als Beute abgesehen haben. Seit dem 20. Jahrhundert hat sich **Piraterie** jedoch zu einer immer raffinierteren **Hightech-Unternehmung** entwickelt, die verbesserte Technologien wie größere "Mutterschiffe" und komplexe Kommunikationsgeräte einsetzt. Piraten sind zunehmend in der Lage, Zielschiffe auf rasche Weise und hinsichtlich der begehrten Lösegelder oder Güter erfolgreich zu entern. Heute stellt die Piraterie vor den afrikanischen Küsten - im Westen wie im Osten - ein ernstes Problem dar. Ermutigt durch die jahrelange Nichtbeachtung durch die entwickelten Länder, sind die Piraten vor Somalia (Ostafrika) und Nigeria (Westafrika) immer erfolgreicher geworden. **Ihre Opfer sind vor allem Handelsschiffe und Ölbohrinseln.** Die internationale Handelsschiffahrt ist derart bedroht, dass das für den Seeweg von Europa nach Asien entscheidende "Nadelöhr" vor der somalischen Küste, der Golf von Aden, inzwischen von Kriegsschiffen einer internationalen Flottenkoalition überwacht wird. ¹ [...] Was sind die **Grundursachen** der Piraterie in diesen beiden Regionen? Welche internen und externen Faktoren veranlassen die Piraten zu ihrem Vorgehen?

Der Fall Somalia

Somalia ist seit der Verdrängung von Siad Barres Regime im Jahr 1991 als gescheiterter Staat (failed state) gebrandmarkt. In den vergangenen zwanzig Jahren hat Somalia unter zwar schwachen, aber doch feindseligen Machtteilungsbestrebungen gelitten, die das Land noch weiter auf eine politisch, wirtschaftlich und sozial nachteilige Bahn geführt haben. Kriegsherren-, Stammes- und Territorialkämpfe sind zur Regel geworden. Spannungen zwischen den konkurrierenden Stämmen scheinen tief verwurzelt zu sein, so dass es wellenartig immer wieder zu Kriegen zwischen Stämmen kommt, zu humanitären Katastrophen und fatalen Engpässen in der Lebensmittelversorgung. ² Mit der kürzlich eingesetzten Übergangsregierung, die lediglich in der Lage ist, einzelne Blöcke im Herzen der Hauptstadt Mogadischu zu kontrollieren, verfügt die Regierung nicht über genug Macht, die Unzahl bestehender Probleme zu bewältigen. Die teilautonomen **Gebiete Puntland und Somaliland bleiben sich selbst überlassen**. Die Küsten und küstennahen Gebiete sind faktisch ein "Niemandsmeer". [...]

Die mangelnde Regierungskontrolle der Hoheitsgewässer vor Somalia stellt zudem eine Einladung an ausländische Schiffe dar, **Meeresressourcen zu wildern oder Giftmüll zu verklappen**. Die Betreiber derartiger Schiffe haben erkannt, dass ihr illegales Handeln ohne eine effektive Regierung, die in ihren Hoheitsgewässern die Umsetzung der Gesetze sicherstellt, keine

rechtlichen Konsequenzen hat. Beispielsweise gibt es Hinweise darauf, dass Schiffe der italienischen Mafia Giftmüll vor der somalischen Küste abgeladen haben. Die Kosten-Nutzen-Analyse ist für sie klar: Giftstoffe in die somalischen Gewässer abzulassen kostet pro Tonne etwa acht Euro, die fachgerechte Entsorgung in Europa würde sie tausende kosten.⁵

Zur Überfischung und Verseuchung der somalischen Hoheitsgewässer kommen die endlosen Kampfhandlungen zwischen den Clans hinzu, die das Problem der Nahrungsmittelknappheit zusätzlich verschärfen. Verschiedene Stämme kämpfen erbittert um Rohstoffe wie Kohle, Khat, Nutztiere und Wasser.

Viele Somalis haben keine andere Wahl, als in Gebiete abzuwandern, in denen die

Ressourcenkonkurrenz gewaltlos ist und Lebensmittel leichter zugänglich sind. Dadurch wird jedoch ein Flüchtlings- und Vertriebenenproblem geschaffen und der Nachschub an untätigen jungen **Männern als Kanonenfutter für gewaltsame Aktivitäten** gewährleistet. Zum Teil ist es ein Ergebnis dieses weitverbreiteten Missbrauchs, dass einige Somalis Vergeltung üben, indem sie sich der Piraterie zuwenden.

Die von den Entführern verwendeten Waffen sind relativ einfach - Sturmgewehre, leichte Maschinengewehre und Panzerfäuste - und im Überfluss vorhanden. Es ist nicht schwer, sie über die unbewachten Grenzen Somalias zu bringen. So ist seit dem Sturz des Barre-Regimes Anfang der 1990er Jahre eine enorme Waffenmenge in das Land gespült worden. Eine wichtige Rolle bei der Aufstockung der örtlichen Bestände spielte der Einmarsch äthiopischer Truppen im Jahr 2006.⁶

Auch Munition ist in rauen Mengen verfügbar

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts haben die Operationen somalischer Piraten immer weiter an Umfang, Kühnheit, Reichweite und Raffinesse gewonnen. Die Piraten haben ihre Aktivitäten auf bis zu 400 Seemeilen (740 Km) vor der Küste Somalias ausgedehnt. [...] Durch den Verkauf von Beutegut haben Piraten inzwischen Kontakte zu Hehlern und Financiers im Persischen Golf und Europa. [...]

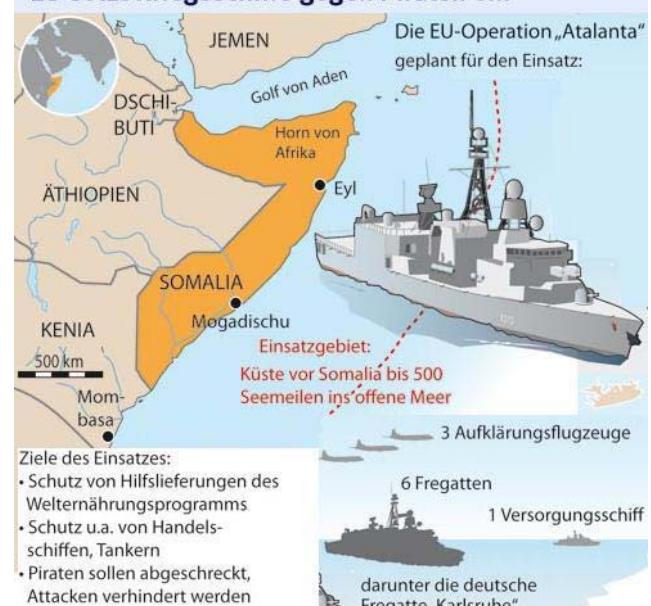
Piraterie hat sich zu einer alternativen Lebensgrundlage entwickelt, die finanziell einträglich ist und für viele Somalis einen **Ausweg aus den ärmlichen**

Verhältnissen darstellt - das ganze Land befindet sich in starkem Elend. Nach Angaben des Evangelischen Entwicklungsdienstes sicherten sich somalische Piraten im Jahr 2008 etwa 30 bis 40 Millionen US-Dollar Lösegeld.⁷ Andere Angaben gehen im selben Jahr von bis zu 150 Millionen US-Dollar aus.⁸ Angesichts des Mangels an anderen Einkommensquellen in Somalia stellt selbst die geringere Schätzung ein beträchtliches Einkommen sowohl für Einzelpersonen als auch für die regionale Wirtschaft als ganzes dar. [...]

Sowohl in Somalia als auch in Nigeria haben **kommerzielle Unternehmen** aus entwickelten Ländern den Verlust der Lebensgrundlagen verursacht. Sie haben ausgenutzt, dass Gesetze, [...] nur auf niedrigem Standard oder gar nicht vorhanden waren. Es ist daher **nicht nur der Schutz der internationalen Schiffahrt** notwendig. Zusätzlich sollte sich die internationale Gemeinschaft verstärkt darum bemühen, Strategien zu entwickeln, um die unzureichend geschützten Hoheitsgewässer vor ausländischen Schiffen zu schützen, die wilden **Fischfang** oder **illegal**

Verkippung betreiben. Auf lange Sicht würde der Schutz der Fischbestände den Zulauf zu maritimer Piraterie verringern.

EU setzt Kriegsschiffe gegen Piraten ein



(Deutscher Bundeswehreinsatz: Kabinettsbeschluss am 10.12.2008. Foto: FAZ, 9. Dezember 2008)

Es ist dabei unbedingt erforderlich, die Effektivität und die Fähigkeit der Regierungen zu steigern. Es liegt nicht nur im Interesse der Bewohner Somalias und Nigerias, dass diese Länder Regierungen haben, die Rechtsstaatlichkeit durchsetzen und für ihre Bürgerinnen und Bürger sorgen, sondern auch im Interesse der internationalen Gemeinschaft. Die Übergangsregierung Somalias ist unfähig, weite Teile des Landes zu regieren, doch gibt es Anzeichen dafür, dass die Regionalregierungen von **Puntland** und **Somaliland**, woher viele Piraten kommen, erste Zeichen effektiver regionaler Regierungsarbeit zeigen. Dies sollte anerkannt und gefördert werden, so dass die Regionalregierungen für die Bereitstellung öffentlicher Dienste, die Durchsetzung von Gesetzen und eine Küstenwache zur Überwachung der somalischen Hoheitsgewässer sorgen können. In Nigeria ist die Staatsführung, trotz einer im Vergleich zu Somalia relativ starken Regierung, ein Trümmerhaufen. Die Ölfirmen sollten in Zusammenarbeit mit ihren eigenen Regierungen staatliche Aufsicht durch die nigerianische Regierung anstreben und sogar verlangen, um sicherzustellen, dass Lizenzzahlungen auch das Nigerdelta erreichen. [...]

Fußnoten:

¹ Übersetzung aus dem Englischen: Jaiken Struck, South Petherton, England/UK. Siehe dazu die Homepage der "Combined Task Force 151": www.navy.mil/local/CTF-151 (15. 5. 2009).

² Vgl. Afyare Abdi Elmi/Abdullahi Barise, The Somali Conflict: Root causes, obstacles, and peace-building strategies, in: African Security Review, 15-2006, S. 32-54.

⁵ Vgl. Andrian Kreye, Korsarenräume, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. 5. 2009.

⁶ Vgl. A. A. Elmi/A. Barise (Anm. 2).

⁸ Vgl. Evangelischer Entwicklungsdienst, Info Konflikte und Friedensarbeit, 39 (Mai 2009), S. 3.

⁹ Vgl. Marc Engelhardt, Die Schatulle der Piraten, 22. 4. 2009 in: www.taz.de (15. 5. 2009).

Konfliktlagen am Horn von Afrika

von Volker Matthies (Das Parlament, Nr. 32 / 07. Aug. 2006, http://www.bpb.de/themen/SFZLSW,0,0,Konfliktlagen_am_Hor_n_von_Afrika.html)

Einleitung

Bei der Region Horn von Afrika (mit den Vielvölkerstaaten Äthiopien und Eritrea, dem zerfallenen Staat Somalia und dem Kleinstaat Djibouti) handelt es sich unverkennbar um einen chronischen Krisenherd.¹



Die dominanten Konfliktlagen in der Region manifestieren sich in anhaltenden Gewaltkonflikten in Teilen Somalias sowie in dem ungelösten Grenzstreit zwischen Äthiopien und Eritrea. Aus sicherheitspolitischer Sicht ist die Region seit einigen Jahren auch in den globalen Kampf gegen den transnationalen Terrorismus einbezogen worden. Der Friedens- und Konfliktforschung gilt die Region und namentlich **Somalia als spektakuläres Beispiel für "Staatszerfall" und "neue" Kriege.**

In entwicklungspolitischer Perspektive stellt das Horn von Afrika schon seit langem ein "Armenhaus" dar, das immer wieder von katastrophalen Hungersnöten heimgesucht wird.

Das Horn von Afrika kann sowohl historisch als auch gegenwärtig als eine der kriegsträchtigsten Regionen Afrikas gelten.² Im postkolonialen Afrika war die Region Schauplatz von zwei der intensivsten zwischenstaatlichen Kriege: des Ogadenkriegs zwischen Äthiopien und Somalia (1977/78) sowie des Kriegs zwischen Äthiopien und Eritrea (1998 - 2000). Hinzu kam mit dem "Dreißigjährigen Krieg" um die Unabhängigkeit Eritreas (1961 - 1991) - zeitweise (ab 1975) begleitet von den Tigray- und Oromo-Kriegen - einer der längsten Bürger- und Separationskriege in Afrika, gefolgt von dem bis heute anhaltenden kriegerischen Staatszerfall Somalias. Der im Jahre 1991 siegreich beendete Eritrea-Krieg sowie der seit 1988 einsetzende Bürgerkrieg und Staatszerfall in Somalia brachten zudem fundamentale politisch-territoriale Veränderungen mit sich: die Formierung des neuen, international anerkannten Staates Eritrea sowie die Konstituierung des faktisch unabhängigen staatsähnlichen Gebildes Somaliland. [...]

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Horn zu einem Hauptschauplatz des "Kalten Krieges" auf dem afrikanischen Kontinent. Neuerdings gilt im Kontext des transnationalen Terrorismus das Horn wiederum als ein "Hot Spot" der Weltpolitik.³ Das staatenlose Somalia geriet in das Visier der Anti-Terror-Koalition unter Führung der USA, die eng mit Äthiopien kooperierten. Der Kleinstaat Djibouti wurde zum Zentrum eines regionalen See- und Luftüberwachungssystems sowie zur militärischen Basis von Einheiten der internationalen Anti-Terror-Koalition, darunter der deutschen Marine.

Somalia: Kein Ende der Gewaltkonflikte?

Wesentliche Ursache des Bürgerkriegs und Staatszerfalls in Somalia war das exklusive Herrschaftssystem des Ex-Präsidenten Siad Barre sowie dessen machtpolitische Instrumentalisierung des Clanwesens.⁴ Das Ausmaß an zentralstaatlicher

Repression und Ressourcenplünderung durch das zunächst vom Osten (UdSSR), dann vom Westen (USA) mit Geld und Waffen gepäppelte Regime trug in hohem Grade zur Zerrüttung des Gemeinwesens und zum Niedergang der Wirtschaft bei. Nach der Niederlage Somalias im Ogadenkrieg gegen Äthiopien (1977/78) waren die Autorität und Legitimation des Regimes vollends erschüttert. Bewaffnete Oppositionsgruppen formierten sich, und im Jahr 1988 brach im (ehemals britischen) Nordwesten des Landes **der Bürgerkrieg** offen aus, der sich nachfolgend auf das ganze Land ausweitete und mit der Flucht Barres aus Mogadishu im Januar 1991 seinen vorläufigen Höhepunkt fand.

Seit 1991 kam es im (ehemals italienischen) **Süden** Somalias zu vielfältigen **Kleinkriegen**

rivalisierender bewaffneter Gruppen untereinander und gegen große Teile der Zivilbevölkerung. Zudem formierten sich ein "Kriegsherrenum" und eine "Bürgerkriegs-Ökonomie", die durch Kontrolle über die Infrastruktur (Straßen, Flug- und Seehäfen), durch Raub, Erpressung, Plünderung, Piraterie, den Handel mit Bananen, der Khat-Droge, mit Holzkohle sowie vor allem mit Waffen gekennzeichnet war und ist.⁵ [...]

In Ermangelung wertvoller Rohstoffe im Lande waren die somalischen "Kriegsherren" zudem auf den Zufluss externer Ressourcen, die Nutzung weitgespannter Handels- und Finanznetzwerke und auf die Komplizenschaft mit auswärtigen Geschäftspartnern angewiesen. Die Mehrheit der Bevölkerung überlebte in diesen unsicheren Zeiten durch angepasste Formen der nomadischen Viehwirtschaft sowie vor allem durch Zuwendungen aus der somalischen Diaspora.⁶ [...]

Nach jahrelangen vergeblichen Anläufen gelang es (im Rahmen der "Inter-Governmental Authority on Development"/IGAD unter Führung Kenias) im Jahre 2004, eine neue (**Übergangs-)Regierung** zu etablieren, die sich allerdings schon bald zerstritt und bislang schwer tut, in Somalia selbst und in der Hauptstadt Mogadishu Fuß zu fassen. Auf Sicht existiert in (Süd-) Somalia daher nur eine "nominelle" gesamtstaatliche, nationale Regierung, die weder über ein Gewalt- und ein Steuermonopol noch über allseitige Akzeptanz und Legitimation auf dem Staatsgebiet der ehemaligen Republik Somalia verfügt. [...]

Die desolaten Verhältnisse in Somalia haben auch zu einem Erstarken islamischer Kräfte geführt, die in Teilen Südsomalias und der Hauptstadt Mogadishu zu elementarer Sicherheit beitragen und Wohlfahrtsleistungen für die Menschen erbringen. Die überwältigende Mehrheit der somalischen Bevölkerung und der islamischen Gruppierungen ist einem politisch moderaten Islam verpflichtet. Nur ein kleiner Teil (u.a. "Al Ittihad" und neue "jihadistische" Zellen) kann als politisch radikal islamistisch eingestuft und in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten und Netzwerken gebracht werden. Seit 2003 gab es einen deutlichen Anstieg von Gewaltakten solcher Extremisten (Tötungen, Entführungen) und entsprechender Reaktionen rivalisierender somalischer Gewaltakteure mit Unterstützung der USA und Äthiopiens. Seit Oktober

2004 kann von einem "schmutzigen Krieg" zwischen islamischen Extremisten und ihren Gegnern besonders in Mogadishu gesprochen werden, der sich 2005 intensivierte. Im Januar 2006 formierte sich eine Koalition von Kriegsherren als "Allianz für Frieden und Gegen-Terrorismus" gegen die Milizen islamischer Sharia-Gerichte, die nachfolgend in Mogadishu in schwere Kämpfe verwickelt waren, in deren Gefolge Letztere die Kontrolle über die Stadt gewannen. [...]

Somaliland: "Insel des Friedens"?

Vergleichsweise friedlicher und konstruktiver verlief die Entwicklung im Nordwesten, der sich 1991 als de facto unabhängige "Republik Somaliland" konstituierte. Damit wandelte sich der anfängliche Staatszerfallskrieg zu einem Staatsbildungskrieg. Denn der Zerfall des somalischen Staates erwies sich hier als "konstruktiver Staatszerfall" ¹² im Sinne einer **"Chance für neue Staatlichkeit"**. ¹³ Vor allem seit 1993 kam es in Somaliland unter Abstützung auf traditionelle Mechanismen der Konfliktshilftung zu einer friedlichen Transformation der Konflikte, zur Bildung einer legitimierten Regierung und zum Aufbau relativ effektiver administrativ-staatlicher Strukturen. Dies erklärt sich im Vergleich zum Süden nicht zuletzt auch aus kolonialpolitischen Differenzen:

"Im Norden blieben ... traditionelle Ordnungsstrukturen bis heute relevant, während sie im Süden unterminiert wurden und ihre gegenwärtige Wirkungsmächtigkeit somit begrenzt ist". ¹⁴ Mit einer Serie von Friedens- und Versöhnungskonferenzen zwischen 1993 und 1997 gelang es, Konflikte einzudämmen und eine nationale Verfassung auf den Weg zu bringen. [...] Im Herbst 2005 fanden die ersten Parlamentswahlen statt, die von intern. Beobachtern als weithin korrekt bewertet wurden.

So kam es in Somaliland über die Jahre zu einer "Symbiose von modernen staatlichen Institutionen und traditionellen clanbasierten Institutionen". ¹⁵ Begleitet wurde diese langjährige administrativ-politische Konsolidierung des Friedens von einer allmählichen Besserung und Normalisierung der Lebensumstände, der Rückkehr und Reintegration von Hunderttausenden von Flüchtlingen, der Räumung von Minen, der Demobilisierung von Kämpfern und dem Wiederaufbau zerstörter Städte, ökonomisch abgestützt vor allem durch Transferzahlungen aus der Diaspora und durch den Viehexport. ¹⁶ Somaliland gilt daher manchen Beobachtern "als Beweis dafür, dass es Auswege aus dem gewalttätigen Zusammenbruch von Staaten gibt" ¹⁷ sowie als eine "Insel des Friedens" am Horn von Afrika und als eine der "erfolgreichsten Demokratien Afrikas". ¹⁸

Allerdings ist die faktisch unabhängige "Republik Somaliland" trotz erheblicher und unbestreitbar friedlicher und demokratischer Aufbauleistungen bis heute international und de jure (völkerrechtlich) nicht anerkannt worden, weil die internationale Gemeinschaft am (auf Sicht wohl unrealistischen) Konzept einer Gesamtstaatlichkeit Somalias festhält. ¹⁹ [...]

Äthiopien und Eritrea: "Kalter Frieden"

Der zweijährige, verlustreiche und konventionell als Staatenkrieg mit regulären Armeen geführte äthiopisch-eritreische Krieg von 1998 bis 2000 überraschte die internationale Öffentlichkeit. Denn noch vor wenigen Jahren (bis 1991) waren die Herrschaftseliten beider Länder "Waffenbrüder" im Kampf gegen das Mengistu-Regime in Äthiopien gewesen. Mittlerweile hat die

Forschung Einblicke in die komplexen historischen, politisch-diplomatischen, ökonomischen und sozialpsychologischen Ursachen, Hintergründe und Folgen des äthiopisch-eritreischen Krieges gewonnen. ²³ [...]

Für Eritrea hatte der Krieg gravierende Folgen. Er brachte große materielle Zerstörungen und wirtschaftliche Einbußen sowie immense humanitäre Folgekosten mit sich. Militärisch gesehen hat die faktische Niederlage Eritreas den Nimbus von der Unbesiegbarkeit eritreischer Kämpfer zerstört. Zudem führte sie auch zum Verlust des Unfehlbarkeitsmythos der Regierungspartei und zu wachsender **Kritik an deren Führungsspitze, die darauf mit verstärkter Repression reagierte**, parteiinterne Dissidenten ausschaltete und vor dem Krieg in Aussicht gestellte Demokratisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen blockierte. Auch die Menschenrechtslage verschlechterte sich zusehends. Diese Blockade- und Repressionspolitik sowie **der hohe Militarisierungs- und Mobilisierungsgrad** in der Bevölkerung wurde und wird von der Regierung mit der anhaltenden Bedrohung durch Äthiopien begründet. ²⁶ [...]

In dem anhaltenden "Kalten Frieden" zwischen Äthiopien und Eritrea zeigt sich auch die Problematik der bisherigen Bemühungen um eine dauerhafte Friedensstiftung. In der offiziellen Wahrnehmung und Interpretation durch die VN gilt der Konflikt zwischen beiden Ländern als ein **"Grenzkonflikt"** ("border dispute" als "root cause"). Doch ist die Grenzfrage eher Anlass als tiefere Ursache des Konflikts. Daher sind völkerrechtliche Regelungen zwar unverzichtbar, doch greifen alle Friedensbemühungen, die allein von der Grenzfrage als dem Kern des Konflikts ausgehen, letztendlich zu kurz. Denn offensichtlich geht es beiden Seiten um weiterreichende innen- und außenpolitische Zielsetzungen. Die eritreische Führung will ihr Projekt der Nationenbildung innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen vorantreiben und die mit vielen Opfern erkämpfte staatliche Unabhängigkeit gegenüber Pressionen von Seiten Äthiopiens absichern. Zugleich dient die anti-äthiopische, patriotische Mobilisierung der Bevölkerung auch der internen Machtssicherung des herrschenden Regimes. Äthiopien wiederum strebt eine Rolle als unbestrittene politische, ökonomische und militärische Hegemonialmacht am Horn an. [...]

Vom Krieg zum Frieden? Wie nehmen sich die Perspektiven einer friedenspolitischen Transformation am Horn von Afrika aus? [...]

In einer idealtypischen Perspektive müssten diese Hemmnisse überwunden werden, um eine friedenspolitische Transformation der Gesellschaften, Staaten und Regime am Horn von Afrika zu ermöglichen: - So muss ein Übergang von einer "Kultur der Gewalt und des Krieges" zu einer "Kultur der Gewaltlosigkeit und des Friedens" erfolgen. Dazu bedarf es einer "mentalene Demilitarisierung" der Gesellschaften am Horn, also eines komplexen Wandels im individuellen und kollektiven Bewusstsein. Dabei handelt es sich um einen langfristigen gesellschaftlichen, kulturellen und mentalen Wandlungsprozess, der bislang -

abgesehen von der Entwicklung in Somaliland - noch kaum in Gang gekommen ist. - Es müssen sowohl die Angebots- als vor allem auch die Nachfragefaktoren für den Erwerb von (Klein-)Waffen reduziert werden. Dazu bedarf es einer effektiven **Eindämmung des Waffenhandels** (das seit vielen Jahren bestehende Waffenembargo der VN gegen Somalia hat sich als völlig unwirksam erwiesen!), der Rüstungskontrolle, der **Demobilisierung und Demilitarisierung** sowie des Vertrauens der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden. Diese müssen in die Lage versetzt werden, zumindest ein Minimum an physischer und rechtlicher Sicherheit zu gewährleisten. Vor allem aber ist es wichtig, für gewaltbereite junge Männer reale Chancen eines friedlichen Erwerbslebens zu eröffnen. - Von überragender friedenspolitischer Bedeutung sind zudem die Überwindung der überkommenen autokratischen Formen der Herrschaftsausübung, eine konsequente Demokratisierung sowie die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte in den politischen Prozess. [...] Dies alles dürfte namentlich den derzeitigen Regimen in **Äthiopien und Eritrea** schwer fallen, sowohl infolge der historisch überkommenen zentralstaatlich-absolutistischen Herrschafts- und Staatstradition als auch aufgrund ihrer Tradition als straff geführte ehemalige Kampfverbände. Offenkundig hat der äthiopische Ethno-Föderalismus bislang als Konfliktlösungsmodell ebenso versagt wie als Demokratisierungsvehikel. In **Somalia** steht auf absehbare Zeit ein geduldiger Wiederaufbau föderativer administrativ-staatlicher Strukturen "von unten" auf der Agenda. Am weitesten gediehen ist ein friedlicher Transformations- und Demokratisierungsprozess in der völkerrechtlich bislang nicht anerkannten Republik **Somaliland**. - In wirtschaftlicher Hinsicht muss eine "politische Ökonomie des Friedens" geschaffen werden, die eine Rücknahme der Rolle des Staates bei der Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft erfordert, die den Bauern und Nomaden mehr Freiräume für deren autonomes ökonomisches Handeln gibt und gerade diese ländlichen Bevölkerungsgruppen gezielt fördert. In **(Süd-)Somalia** gilt es vor allem, die anhaltende "Gewalt- und Kriegsökonomie" zu überwinden. Dazu muss auch die kommerzielle Komplizenschaft lokaler Gewaltakteure mit externen ökonomischen Akteuren aufgedeckt und unterbunden werden. - Wichtig sind ferner ein Anti-Destabilisierungs-Regime und eine Förderung der regionalen Kooperation am Horn von Afrika. Hierzu ist die IGAD weiter auszubauen, die zwar eine positive Rolle bei den Friedensprozessen im Sudan und in Somalia gespielt hat, aber dennoch auf Sicht eine Organisation "verfeindeter Brüder" bleibt, ³⁰ gekennzeichnet durch Misstrauen, Interessen-gegensätze und Hegemonialansprüche Äthiopiens. [...]

Erforderlich ist schließlich ein konstruktives multilaterales Engagement raumfremder Mächte und der internationalen (Geber-)Gemeinschaft, die friedenspolitischen **Druck auf die Konfliktakteure** am Horn von Afrika ausüben und vor allem auch konsequent Demokratisierungsprozesse unterstützen müssten. Die gegenwärtige **Einbeziehung der Region in den globalen Anti-Terror-Krieg läuft durchaus Gefahr**, alte Muster der interessen- und machpolitischen Instrumentalisierung und gesellschaftlichen Spaltung zu reproduzieren. [...]

Einer solchen Vision steht jedoch die derzeitige "Realpolitik" in der Region gegenüber, die - abgesehen von positiven Entwicklungen vor allem in Somaliland und von Fall zu Fall graduell unterschiedlich ausgeprägt - durch anhaltende Gewaltkonflikte, hochgradige Militarisierung, autoritär-repressive Herrschaftsformen, tief sitzendes Misstrauen und gegenseitige Einmischungspolitik gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund bleibt ein nachhaltiger Frieden am Horn von Afrika wohl auf längere Sicht ein rares Gut.

Fußnoten:

¹ Vgl. Walter Feichtinger/Gerald Hainzl (Hrsg.), Krisenherd Nordostafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung?, Baden-Baden 2005.

² Vgl. Volker Matthies, Kriege am Horn von Afrika. Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse, Berlin 2005.

³ Eva-Maria Bruchhaus (Ed.), Hot Spot Horn of Africa. Between Integration and Disintegration, Münster 2004.

⁴ Vgl. Rainer Tetzlaff/Cord Jakobeit, Das nachkoloniale Afrika. Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 128ff.

⁵ Vgl. Sabrina Grosse-Kettler, External actors in stateless Somalia. A war economy and its promoters, Bonn International Center for Conversion (BICC), Bonn 2004.

⁶ Vgl. Peter D. Little, Somalia. Economy without State, Oxford 2003.

¹² Trutz von Trotha, Der Aufstieg des Lokalen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 28 - 29, S. 35.

¹³ Wolfgang Heinrich/Manfred Kulessa, Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland, in: Jochen Hippler (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung, Bonn 2004.

¹⁴ Markus V. Höhne, Somalia zwischen Krieg und Frieden. Strategien der friedlichen Konfliktaustragung auf internationaler und lokaler Ebene, Hamburg 2002, S. 110.

¹⁵ Volker Böge, Muschelgeld und Blutdiamanten. Traditionale Konfliktbearbeitung in zeitgenössischen Gewaltkonflikten, Hamburg 2004, S. 121.

¹⁶ Vgl. Carsten Heeger, Somaliland (Somalia): Staatszerfall, Staatenbildung und Friedenskonsolidierung, in: Mir A. Ferdousi/Volker Matthies (Hrsg.), Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften, Bonn 2003, S. 208 ff.; WSP International, Rebuilding Somaliland. Issues and possibilities, War-torn Societies Program, Lawrenceville 2005.

¹⁷ T. von Trotha (Anm. 12) S. 36.

¹⁸ M. V. Höhne (Anm. 7), S. 42, 54.

¹⁹ Vgl. Anonymus, Government recognition in Somalia and regional political stability in the Horn of Africa, in: Journal of Modern African Studies, 40 (2002) 2, S. 247 - 272; Michael Schoiswohl, Status and (Human Rights) obligations of Non-Recognized De Facto Regions in International Law: The Case of "Somaliland", Leiden 2004.

²³ Vgl. Dominique Jacquin-Berdal/Martin Plaut (Eds.), Unfinished Business. Eritrea and Ethiopia at War, Trenton, N.J.-Asmara 2004; V. Matthies (Anm. 2), S. 108ff.

²⁴ Vgl. V. Matthies (Anm. 8), S. 53ff.

²⁵ EED, Info: Afrika - Konflikte und Friedensarbeit, Nr. 13, Dezember 2000, S. 4.

²⁶ Vgl. Nicole Hirt, Eritrea, in: A. Mehler u.a. (Anm. 10); Amnesty International - Äthiopien/Eritrea-Koordinationsgruppe (Hrsg.), Rundbrief Eritrea 2005, Stuttgart 2005.

³⁰ Ulf Terlinden, IGAD - Papieriger vor Mammutaufgaben, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Berlin 2004.

Der Traum vom Olymp

Eine erste Bilanz der Fußball-WM 2010

von Hein Möllers, Informationsstelle Südliches Afrika e.V. – issa (in der Zeitschrift: **Afrika Süd**, 39. Jahrgang, Nr. 3, Juli/August 2010, www.issa-bonn.org/afsued.htm)

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika 2010 war ein **voller Erfolg**. Sie hat das Bild von Südafrika und vom Kontinent aufpoliert.

Südafrika war ein guter Gastgeber. Finanziell haben sich die – schon im Vorfeld überzogenen – Erwartungen nicht erfüllt.

Den Profit machten andere.



Ein Wintermärchen? Nein, das war die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika nicht.

Wintermärchen wäre nur ein simples Wortspiel, das sich an das Sommermärchen 2006 in Deutschland anlehnt, zudem mit einem Anklung an ein alles andere als erbauliches Epos von Heinrich Heine. Ein solch begrifflicher Abklatsch wird der ersten Fußball-Weltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent nicht gerecht. Die Südafrikaner feierten in den Turnierwochen sich selbst und ihren Kontinent. Weiße fuhren mit Vorortszügen und Minibustaxis und strömten durch die Straßen der Townships, was sie sonst aus Angst vor Gewalt und Unfällen nie tun. **Die Regenbogennation war wieder da.** Zumindest für einige kurze Wochen. Denn auch der Fußball kann über die Tristesse in den Townships und die extreme Ungleichheit nicht hinwegtäuschen, erst recht nicht die Probleme der Gesellschaft lösen. Trotzdem: Die WM 2010 war ein Erfolg. Südafrikas WM-Organisationen haben viel Lob erhalten. Die Fifa hat sie auf die Liste der Länder gesetzt, die für einen Notfall B einspringen können. Und Südafrika nutzt die Gunst der Stunde und will sich für die Olympischen Spiele 2020 bewerben. IOC-Präsident Rogge hat die Meldung wohlwollend aufgegriffen.

Südafrika hat ein neues Selbstbewusstsein und ein positives Selbstbild gewonnen, von dem auch der Kontinent profitieren konnte. Die Medien in Deutschland etwa zeichneten – bei allen Qualitätsunterschieden und auch Missgriffen – ein farbiges, vielschichtiges Afrika.

Südafrika präsentierte sich als modernes Afrika, das so gar nicht in die Zerrbilder passte. Rund drei Millionen Fans sahen die Spiele live, Zigmillionen verfolgten sie in den Fanparks und Abermillionen weltweit an den Fernsehern – eine große Kulisse für Südafrika. Die Südafrikaner haben gezeigt, dass sie Großereignisse meistern können und sind stolz darauf.

„Wir haben alle Erwartungen übertroffen und die Schwarzseher widerlegt“, sagt Danny Jordaan, Chef des südafrikanischen Organisationskomitees. Zu chaotisch hieß es, zu afrikanisch, zu gefährlich vor allem.

Friedliche Spiele

Im Vorfeld hatte ein britisches Revolverblatt prophezeit, es werde „ein Schlachtfest für Schlachtenbummler“. Wenige Tage vor dem Eröffnungsspiel wurden auch

einige ausländische Journalistenteams bedroht und beraubt. Im Verlaufe des Turniers wurden aber keine Zwischenfälle über Taschendiebstähle hinaus gemeldet. Insgesamt hat Südafrika seinen Gästen eine sichere WM geboten.

Es waren friedliche Spiele, es gab keine Übergriffe von Hooligans, keine Streitereien zwischen Fan-Gruppen. Es wurde gefeiert. Auch nach den Spielen, ohne dass man in den Straßen um seine Sicherheit fürchten musste. Johan Burger, einst hoher Polizei-Offizier, heute Mitarbeiter eines südafrikanischen Instituts für Sicherheitsfragen, zeigte sich beeindruckt von der hohen Qualität der polizeilichen Arbeit.

Die Regierung hat 41.000 zusätzliche Polizisten für die Sicherheit abgestellt. **Die Zusatzkosten werden auf 88 Millionen US-Dollar veranschlagt.**

Die Zusammenarbeit der nationalen Polizei SAPS mit 25 Interpol-Mitgliedsländern und die Einrichtung von „Special Courts“ (Gerichts-Schnellverfahren) rundeten diese präventive Sicherheitstaktik der Behörden ab. In den Ausrichterstädten zeigten südafrikanische Sicherheitsbeamte stets Präsenz und unternahmen zahlreiche Hausdurchsuchungen, Razzien und Patrouillen. Unterdessen lobte und honorierte die Fifa Südafrika für dessen organisatorischen Ausrichter-Fähigkeiten mit 9 von 10 möglichen Punkten, im Vergleich zu 7,5 Punkten zum Confederations Cup 2009.

Für die Fans und die angereisten Gäste waren es also friedliche Spiele. Anders als in vielen Townships. In der zweiten Hälfte des Turniers wurden Warnungen vor fremdenfeindlichen Übergriffen verstärkt gemeldet. Unbeachtet von den Medien wurde **Militär in die Vorstädte verlegt**, wo soziale Proteste befürchtet wurden, vor allem dort, wohin jene Menschen verfrachtet wurden, die von Zufahrtsstraßen zu den Stadien vertrieben wurden, um das „freundliche“ Bild nicht zu stören. Deutsche Entwicklungshelfer in den Townships der Provinzen Gauteng und Western Cape haben auf Nachfrage grundsätzlich bestätigen können, dass eine Vielzahl der **Einwanderer vielerorts mit dem Tode bedroht** wurde. Eine Konsequenz haben einige für sich bereits treffen müssen: nämlich die Ausreise aus Südafrika. Es bleibt nach wie vor in Südafrika gefährlich, und die Lage kann jederzeit wie ein Flächenbrand eskalieren. Solange Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit den Alltag vieler Südafrikaner in den Townships dominieren, wird die Xenophobie nicht nachhaltig gelöst werden können. Die positive Sicherheitsbilanz zur WM 2010 lässt jedoch Hoffnung aufkommen.

Das Turnier hat seinen Preis

Große Erwartungen wurden in die wirtschaftlichen Auswirkungen gesetzt. Schätzungen des von der südafrikanischen Regierung beauftragten Unternehmensberatungsbüros Grant Thornton International zufolge sollte die Fußball-WM in den fünf Jahren bis 2010 etwa 55,7 Milliarden Rand zur südafrikanischen Wirtschaftsleistung beitragen. Dabei sollten über 400.000 Arbeitsplätze entstehen und 19,3 Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen. Von den prognostizierten zusätzlichen 483.000 Touristen wurden Einnahmen um 8,5 Milliarden Rand veranschlagt; die Gesamtzahl jährlicher

Südafrika-Reisender sollte durch die zusätzlichen **Besucher auf über 10 Millionen** gesteigert werden. Der Anteil der Arbeiten, der von einheimischen Unternehmen ausgeführt wurde, ist nicht genau bekannt. Das Organisationskomitee hat sich durchaus bemüht, bei Aufträgen, die unmittelbar mit den Arenen in Zusammenhang standen, kleine sowie „schwarze“ Unternehmen zu bevorzugen, die spezielle Bestimmungen für Small, Medium and Micro Enterprises (SMME) sowie Black Economic Empowerment (BEE) erfüllen. Nach den letzten, zur Verfügung stehenden Daten sollen bis September 2008 55 Prozent der Investitionen an BEE- und 26 Prozent an SMME-Unternehmen geflossen sein.

Zeitgleich mit der WM-Gruppenauslosung fand in Stellenbosch ein Seminar internationaler Sportökonomen statt, die vor einer „notorischen Überschätzung“ des ökonomischen Nutzens dieser Großveranstaltung warnten: „Der Weltcup wird keine Dollars vom Himmel regnen lassen“, befürchteten sie. Am 2. Juli 2010 bekräftigte der Finanzminister Südafrikas, Pravin Gordhan, auf einer Fifa-Konferenz in Johannesburg die Chancen des international größten Fußball-Wettbewerbes für das Ausrichterland.

Neben den nicht messbaren Imagegewinnen, welche dem Tourismus zu Gute kommen werden, hieß der einflussreiche Minister des ANC fest, dass im Lande ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den verschiedenen Ethnien zu erkennen sei. Ferner betrage der Anteil der WM am diesjährigen Bruttoinlandsprodukt knapp 0,4 Prozent. In absoluten Zahlen werde der Wert der hergestellten **Güter mit 38 Milliarden Rand**, umgerechnet etwa 3,9 Milliarden Euro, quantifiziert. Im Rahmen der WM seien fast **130.000** – allerdings überwiegend temporäre – **Arbeitsplätze** geschaffen worden. Die Kosten für unmittelbare WM-Projekte veranschlagte Gordhan für die nationale Ebene auf 33 Milliarden Rand; umgerechnet etwa 3,3 Milliarden Euro. Die WM-Ausgaben der Provinzen und Kommunen schätzte er auf drei bis fünf Milliarden Rand.

Gefragt nach den nachhaltigen Auswirkungen der Weltmeisterschaft auf Südafrikas Volkswirtschaft und Gesellschaft hieß sich Finanzminister Gordhan in einer Pressekonferenz zum Abschluss des Turniers sichtlich zurück: „Ich weiß, dass Sie hier Antworten erwarten, aber ich bin sicher, dass sich weit nach der Weltmeisterschaft die sozialen und ökonomischen Vorteile, die dieses Turnier dem Land geboten hat, einstellen werden.“ Dieses Herausreden des Finanzministers erweist sich als Flucht aus einer zunehmend kritischen **Debatte um den Sinn und Zweck einer Weltmeisterschaft für das betreffende Ausrichterland**, wenn die Kosten stets die Einnahmen übersteigen und die Fifa als der wahre Gewinner aus der WM hervorgeht. Allein die Information, dass im Rahmen der WM 130.000 Jobs vor allem beim Stadionbau geschaffen wurden, lässt nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Arbeiter nach Ablauf des Sportevents erneut von der Arbeitslosigkeit eingeholt werden. Wie prekär die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist, zeigen die letzten Daten des Statistikamtes. Präsident Zuma versprach bei seiner Amtseinführung eine halbe Millionen neuer Stellen. Anderthalb Jahre später waren mehr als eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit liegt inoffiziell bei 40 Prozent.

Unmittelbare Verlierer waren hier die kleinen fliegenden Händlerinnen. In den Sonderzonen **um die Stadien und Fan-Meilen** durften Geschäfte nur machen, wer eine **Fifa-Lizenz** besaß oder ausgewiesener Sponsor der WM war. Wenig zimperlich verfolgte die Fifa jeden Verstoß. 2.500 Fälle waren zur Hälfte des Turniers anhängig. **Dem Verkäufer eines WM-Schlüsselanhängers drohte die Fifa mit einer Geldstrafe von 10.000 Euro**. In Kapstadt hatte eine Mission in einem Innenhof einen Bolzplatz für Straßenkinder eingerichtet. Der Platz lag aber in einer Spezialzone, zu der die Fifa die Verwaltung gedrängt hatte. Während der WM war deshalb die Nutzung verboten.

„Die WM wird als profitables Geschäft vermarktet, aber **die einfachen Südafrikaner blieben außen vor**“, empörte sich der Gewerkschafter Tony Ehrenreich. Materiell profitiert hat in erster Linie die südafrikanische Bauindustrie. Sie war ausgelastet.

Auch die Bauarbeiter konnten verbesserte Löhne durchsetzen. Doch jetzt dürfte in diesem Sektor die Konjunktur abflauen. Auch der Einstieg in den öffentlichen **Nahverkehr mit neuen Bussystemen** dürfte auf Dauer dem Land zugute kommen, vor allem, wenn man diese ersten Ansätze jetzt konsequent ausbaut.

Zufriedene Gesichter auch in der Tourismus-industrie. SA Tourism meldete für große Hotels und Tourismusketten eine Auslastung von 60 bis 70 Prozent. Die kleinen Betriebe, die mit Blick auf die WM in Gästebetten investiert hatten, blieben jedoch überwiegend leer und sitzen nun auf ihren Krediten. Die Ausgaben der Touristen und Fußballfans haben nach Schätzungen 1,5 Mrd. Euro in die südafrikanische Wirtschaft gespült.



Das Moses Mabhida Stadion in Durban: Hier fand unter anderem die Partie zwischen Deutschland und Australien statt. In: „Yes, Afri-can!“ www.zeit.de/2010/02/Suedafrika

Weisse Elefanten?

Kompensiert das in etwa die Ausgaben, die Südafrika tragen muss? Insgesamt hat Südafrika – Staat, Provinzen und Industrie – 4,5 Mrd. Euro in eindrucksvolle Stadien, in Telekommunikation und Verkehrsinfrastruktur gesteckt. Nachhaltig dürften wohl nur die Investitionen in den Verkehr sein, der Einstieg in einen leistungsfähigen Nahverkehr, der wegen der WM vorweggenommen wurde.

Der Ausbau steht allerdings noch aus, und dessen Finanzierung ist nicht zuletzt wegen anderer WM-Ausgaben nicht sicher.

Die Arenen dagegen sind für den Alltagsgebrauch zu groß, und nur wenige können adäquat zurückgebaut werden. Südafrika hat viel in eine Stadienarchitektur nach internationalen Maßstäben

investiert, schon um gängige Klischees zu widerlegen. Viele Stadien dürften allerdings demnächst leer stehen. Der Unterhalt verschlingt jährlich Millionenbeträge. Dafür stehen die arg gebeutelten Kommunen in der Pflicht. Doch zugkräftige Heimatkubs fehlen an vielen Orten wie Kapstadt oder Port Elizabeth. In Nelspruit oder Polokwane gibt es keinen Oberligaklub.

Gewinner sind sicher Johannesburg und Pretoria. Dort gehört das Loftus-Versfeld-Stadion der Blue Bulls Rugby Union. Die Betreiber gehen davon aus, dass zehn ausverkaufte Spiele im Jahr die Betriebskosten einspielen.

Auch Durbans Mehrzweckstadion ist dank seiner spektakulären Konzeption das einzige, das bereits vor der WM auf Einkünfte verweisen konnte.

Bungeejumping-Veranstalter spielten im Vorfeld umgerechnet ein Halbe Millionen Euro ein. Die jährlichen Betriebskosten werden auf 15 Mio. Rand (1,6 Mio. Euro) geschätzt. Sie könnten durch Mehrzwecknutzung eingespielt werden.

Die Kritik kam schon früh: „Beim Bau solcher Riesenstadien werden Ressourcen benötigt, die dann für Schulen und Krankenhäuser fehlen“, sagte der kürzlich verstorbene Schriftsteller Dennis Brutus. Für die **Baukosten** hätte man **60.000 Häuser für 300.000 Menschen** bauen können.

Menschen bauen können. Die Stadien wurden innerhalb von vier Jahren aus dem Boden gestampft. Ein zum gleichen Zeitpunkt gestartetes Projekt im sozialen Wohnungsbau wird dagegen nicht vor 2013 fertig sein. Erzbischof Desmond Tutu hält dagegen: „**In Afrika passiert so viel Negatives. Wenn wir deshalb Weiße Elefanten haben, soll es halt so sein.**“

Die Fifa jedenfalls ist zufrieden. 1,2 Mrd. US-Dollar habe seine Organisation ausgegeben und 3,5 Mrd. eingenommen, teilte Fifa-Chef Blatter mit. Dagegen nimmt sich der Gewinn des südafrikanischen Organisationskomitees mit rund 100 Mio. US-Dollar bescheiden aus.

Fick Fufu

Die Fifa ist – wie bei jeder Fußballweltmeisterschaft – der große Gewinner. Noch nie hat der Verband mit der WM so viel Geld verdient wie in Südafrika. 2,8 Mrd. Euro brachten Fernsehrechte und Werbeeinnahmen ein, 700 Mio. Euro mehr als vor vier Jahren in Deutschland. In Südafrika musste der Verband, der bei der Vergabe der WM noch viel Lob erntete, jedoch wegen seines Gebahrens als Staat im Staate und seiner Reglementierung des lokalen Marktes heftige Kritik einstecken. In Kapstadt kursierten T-Shirts eines lokalen Künstlers mit dem Aufdruck „Fick Fufu“.

Gewaltig war im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft die Freude in Südafrika. „We will benefit from this event“, so die einstige These in den südafrikanischen Medien. Ob in Kapstadt, Durban oder Johannesburg – überall erwartete man mit großer Spannung das bisher größte Spektakel auf dem afrikanischen Kontinent und einen fiskalischen Gewinn für die Nation und den einzelnen Bürger. Doch spätestens als bekannt wurde, dass die WM-Hymne auf dem afrikanischen Kontinent nicht an einen (süd)afrikanischen Sänger vergeben wurde, empfand man den Song „This time for Africa“ der Lateinamerikanerin Shakira als Zynismus. Als dann am Ende der WM bekannt wurde, dass großer Druck auf Mandela ausgeübt worden war, trotz Trauerfall in der Familie und gesundheitlicher Probleme zur Eröffnung,

zumindest aber zum Abschluss zu erscheinen, hat das der Fifa in Südafrika den Rest des Ansehens gekostet.

Die Fifa hat klare Vorgaben zur Vergabe einer Weltmeisterschaft an das Gastland aufgestellt. Im Reglement zur WM 2010 stellt die Fifa unmissverständlich klar, dass die Meisterschaft eine „Veranstaltung der Fifa“ ist. Dem südafrikanischen Fußballverband Safa und dem Organisationskomitees (LOC) wurde die Funktion des „ausrichtenden Verbandes“ zugeteilt. Zahlreiche Übereinkünfte zwischen Fifa und Safa haben den Gestaltungsspielraum der Südafrikaner stark eingeschränkt. Das Reglement, Basispapier der Fifa mit dem Gastland, hält fest: „Der ausrichtende Verband unterliegt der Überwachung und der Kontrolle der Fifa, die in allen Punkten bezüglich der Weltmeisterschaft letztinstanzlich entscheidet. Die Entscheidungen der Fifa sind endgültig.“ Der Veranstaltungsvertrag mit Pflichtenheft, die Fifa-Richtlinien und -Zirkularen sowie die Fifa-Statuten und -Reglemente ermöglichen dem Verband die totale Kontrolle über die südafrikanischen „Partner“. Auf der anderen Seite entledigt sich die Fifa jeglicher Verantwortung. So heißt es im Punkt 2.3. des Reglements: „Der ausrichtende Verband entbindet die Fifa von jeglicher Verantwortung und verzichtet auf jegliche Ansprüche gegenüber der Fifa und ihren Delegationsmitgliedern für Schäden durch irgendeine Handlung oder Unterlassung in Zusammenhang mit der Organisation und dem Ablauf der Weltmeisterschaft“. Die Verantwortung für die Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Innen- und Außenbereich der Stadien haben die Südafrikaner allein zu tragen. Klare Regeln gibt es bei den Gewinnen. Die Fifa wacht über sämtliche Erträge aus Sponsorenverträgen sowie Übertragungsrechten und achtet darauf, dass diese strikt nach Zürich abfließen. „Alle gewerblichen Rechte in Bezug auf die Weltmeisterschaft liegen bei der Fifa und werden von ihr kontrolliert“.

Wenn man sich diese Situation vor Augen hält, dann ist es verständlich, dass vor allem **der kleine Mann im Lande sauer auf die Fifa** ist, welche nun gerne auch als „Fifa-Mafia“ bezeichnet wird.

Die Fifa hat in der Schweiz den Status einer gemeinnützigen Organisation und ist somit von der Steuerpflicht weitgehend befreit. Die Gemeinnützigkeit unterstreicht der Verband gelegentlich mit dem Hinweis auf die offizielle Kampagne für die Errichtung von 20 Zentren für Bildung, Gesundheit und Fußball in ganz Afrika. Das erste der fünf für Südafrika vorgesehenen Zentren wurde am 5. Dezember 2009 bereits im Township Kayelitsha eröffnet und dient unter anderem der HIV-Prävention. In Ruanda, Ghana, Mali, Kenia und Namibia befanden sich bei der WM fünf weitere dieser Zentren im Bau. Es ist in der Tat eine Kampagne der Fifa, bezahlt wird die allerdings vom südafrikanischen WM-Organisationskomitee. Die Fifa spricht von der bislang wirtschaftlich erfolgreichsten WM. Kein Wunder. Sie hat die Regeln diktiert und viele Südafrikaner fassungslos gemacht, die glaubten, so etwas sei in einer Demokratie nicht möglich. Der Nutzen ist

zwiespältig, denn materiell hat das Land draufgezahlt. Deutschland dagegen hatte sowohl wirtschaftlich wie sportlich von der WM profitiert. Die Nationalmannschaft konnte ihr Image vom Rumpelfußball ablegen. Nun hat sich der südafrikanische Fernsehkanal SuperSport erstmals die Übertragungsrechte für die Fußball-Bundesliga sichern können. Mit Start der Saison werden vier Spiele live übertragen. Der Sender verfügt über ein kontinentales Netz bis hin nach Westafrika mit 3,5 Millionen Empfangsapparaten. Damit dürften etwa zehn Millionen Zuschauer erreicht werden.

Angepfiffen wurde viele Spiele in Südafrika mit Pfeifen aus dem Sauerland. Die Pfeife „Argentinien 78“ der Metallfirma MBZ Obernehmer übertönte mit 134 Dezibel alle Vuvuzelas. MBZ hatte Südafrika schon in Apartheidzeiten mit Pfeifen vom Typ Fox40 beliefert. Sie gingen an die Polizei.

Mit den Pfeifen aus dem Sauerland

Die deutsche Wirtschaft hat an der WM 2010 kräftig mitverdient, mehr als die anderer Länder. „Das Gesamtvolume der WM-bezogenen Aufträge liegt für die deutsche Wirtschaft bei über 1,5 Mrd. Euro“, sagte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags. Fast die Hälfte aller Investitionen, die Südafrika unmittelbar für die WM aufbrachte, floss in etwa 400 deutsche Unternehmen. Rund 700 deutsche Firmen sind in Südafrika aktiv. Ihr Umsatz wird auf 290 Mrd. Euro geschätzt.

Den Erfolg führt der DIHK-Referatsleiter für Afrika darauf zurück: „Diese Unternehmen haben ein Gespür dafür entwickelt, wie sie bei öffentlichen Aufträgen südafrikanische Unternehmen miteinbeziehen können.“ Konzerne wie Daimler und Siemens haben sich schon lange am Kap engagiert. Dass sie ihr „gutes Gespür“ in Zeiten der Apartheid entwickelt haben, erwähnt Heiko Schwiederowski nicht.

Stark beteiligt waren **deutsche Firmen** beim **Stadionbau**. **MAN** lieferte **Überlandbusse**. Zu den Spielen fuhren die Mannschaften in **Bussen von Daimler**, und die **Siemensstochter Osram** schaltete das **Licht** an. Viele Firmen sind zudem an langfristigen Projekten wie am Ausbau von Straßen, Aufbau des Nahverkehrs und der Energieversorgung beteiligt, die mit der WM begonnen wurden.

MAN und Daimler lieferten über tausend Fahrzeuge. Der Autozulieferer ZF Friedrichshafen half mit Antriebstechnik für 700 Fahrzeuge. „Allein die vierspurigen neuen Highways sind fantastisch und nutzen uns auch nach der WM“, sagte Aluwani Ramabulana, Vorstandschef von Daimler Fleet Management in Südafrika. „Für uns ist das Leben nach dem Turnier nicht zu Ende, es wird mehr bleiben als eine große Party.“

Siemens samt Töchter haben Aufträge für direkte und indirekte WM-Maßnahmen über knapp eine Mrd. Euro erhalten. Acht der zehn Stadien wurden mit ihrer Lichttechnik ausgestattet. Die Deutsche Telekom lieferte Informationstechnik für den Energie- und Transportsektor.

Einen Großauftrag konnte auch die Hamburger Architektengruppe Gerkan, Marg und Partner gewinnen: Für 400 Mio. Euro entwarf sie die Stadien in Durban, Port Elizabeth und Kapstadt. Das Stuttgarter Ingenieurbüro Schlaich, Bergermann und Partner kümmerte sich um die Dachkonstruktionen. Und das Memminger Familienunternehmen Pfeifer montierte das

Flachdach in Kapstadt und verlegte mehr als 10.000 Glasscheiben aus dem sächsischen Wermsdorf. 52 Mio. Euro war der Auftrag wert, einer der größten der Firmengeschichte.

Auch Mittelständler wie der Armaturenhersteller Hansgrohe aus dem Schwarzwald haben die WM genutzt. **Hansgrohe** hat vier **WM-Stadien und Luxushotels mit Duschköpfen und Armaturen** versorgt. Bei der Ausstattung gebe es noch großen Bedarf, meldet die Firma. Sie ist seit zwei Jahren mit einer Tochterfirma im Land. Der Umsatz wächst zweistellig und nähert sich zehn Mio. Euro an. „Die Erfolge zur Fußball-WM bieten beste Voraussetzungen für unser Wachstum“, sagt Firmenchef Gänßlen. Es geht um mehr als um Designerduschen. In ganz Afrika bestehe ein großer Bedarf an Wassersparsystemen und -anlagen zur Aufbereitung von Brauchwasser. Die Absa-Bank hat Hansgrohe den größten Auftrag in der Firmengeschichte für ein Aufbereitungssystem gegeben. Mit der Technik von Hansgrohe recycelt die Anlage 45.000 Liter pro Tag. Der Sportartikelhersteller und offizielle Fifa-Sponsor Adidas übte sich angesichts des Erfolges in Bescheidenheit: Im Vorfeld des Turniers erzielte Adidas eine Steigerung um 25 Prozent; auf Werbung in den Stadien verzichtete es erstmals bei einer WM.

Insgesamt wertet die deutsche Wirtschaft die WM in Südafrika als einen Zwischenschritt. Schwiederowski vom DIHKT sieht in der WM 2010 den Türöffner für die WM 2014 in Brasilien. „Dann könnte das Auftragsvolumen von Südafrika noch einmal gesteigert werden.“

Zurück zu Südafrika

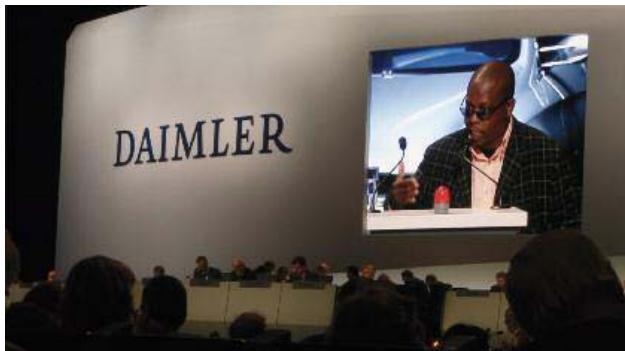
Was bleibt unter dem Strich? Das Land hat sich und der Welt bewiesen, was es zu leisten vermag. Die Politik muss nun zeigen, ob sie diesen Schwung umzusetzen vermag. Andernfalls werden die Widersprüche erneut aufbrechen.

Nadine Gordimer, Literaturnobelpreisträgerin, sagte in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 8. Juli 2010: „Sie kennen ja das alte Sprichwort: Die Leute brauchen Brot und Spiele. Aber es heißt eben tatsächlich Brot **UND** Spiele. Die Weltmeisterschaft hat den Leuten wunderbare Spiele beschert, und das freut mich. Aber was das Brot angeht, hat sich an den riesigen Problemen für die armen Menschen in Südafrika nichts geändert... Nun müssen wir darauf achten, dass die Freude über die gelungene Weltmeisterschaft nicht die Aufmerksamkeit von dem ablenkt, was wirklich wichtig ist: das Wohlergehen meiner Landsleute.“ Das einmalige an der Veranstaltung sei gewesen: „Weiß und Schwarz und alle Farben dazwischen haben gemeinsam gefeiert. Sie saßen zusammen in Bars, in den Ekkneipen oder in Straßencafés und haben sich die Spiele angesehen.“

Die WM habe gezeigt, „dass unsere Rassenprobleme und Spannungen unter den richtigen Umständen sehr wohl überwunden werden können. Ich hoffe, dass die WM-Stimmung als gutes Beispiel dafür dient, dass sich die verschiedenen Volksgruppen in Südafrika für eine gemeinsame Sache begeistern können.“

Stern der Apartheid – Wie südafrikanische Apartheid-Opfer die aktuelle Fußball-WM nutzen, um öffentlichkeitswirksam einen deutschen Großkonzern anzuklagen

(www.medico.de/material/rundschreiben/2010/02/stern-der-apartheid/) Rundschreiben April 2010



„Die Opfer der Apartheid verlangen Aufklärung“. Mpho Masemola auf der Jahreshauptversammlung der Daimler AG in Berlin, Mai 2010.

Als Mpho Masemola aus Südafrika ans Mikrofon gerufen wird, sinkt der Geräuschpegel im ICC-Kongresszentrum in Berlin deutlich. Die Anspannung im Saal steigt merklich. Auch Mpho ist sichtlich nervös und obwohl er öffentliche Auftritte gewöhnt ist, fangen seine Hände leicht an zu zittern. Seine Zuhörer auf der Jahreshauptversammlung (HV) der Daimler AG bestehen aus 5.000 Aktionären inklusive Konzernvorstand und Aufsichtsrat. Ihnen geht es um weltweite Geschäftsentwicklungen und um ihre Dividende.

Mpho aber will darüber sprechen, was eben diese Geschäfte in einem Land wie Südafrika anrichteten. Konkret wirft er Daimler vor, mit der Lieferung von Fahrzeugen und Maschinen an Polizei und Militär des alten Apartheidregimes Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen geleistet zu haben. Nach Berlin wurde er von medico eingeladen und sein Rederecht im höchsten Organ der Aktiengesellschaft verdankt er den Kritischen Daimler-Aktionären, die ihm das Stimmrecht einer Aktie und damit die Rechte eines Anteilseigners übertragen hatten.

Einer gegen Daimler

Angekommen am Rednerpult wirkt Mpho gefasst. Nur drei Minuten Zeit hat er, um den Opfern der schmutzigen Daimler-Geschäfte im alten Südafrika Geltung zu verschaffen und damit öffentlichkeitswirksam die Kampagne „Daimler – Star of Apartheid“ bekannt zu geben. Die Aktion, die in Deutschland von mehreren NGOs unterstützt wird, will die Aufmerksamkeit durch die WM in Südafrika nutzen, um den Druck auf den Konzern und Hauptsponsor der deutschen Fußball-Nationalmannschaft zu erhöhen. Drei Minuten lang kann Mpho auf der Versammlung einen anderen Ton anschlagen. Auch er redet über Profite. Allerdings sagt er, dass der Profit nie über Menschenrechten stehen dürfe. Auf dem Podium hört Vorstandsvorsitzender Dr. Zetsche aufmerksam zu, sein Gesicht zeigt weder Empathie noch Ablehnung. Als die blinkende rote Lampe am Pult das Ende seiner Redezeit anzeigt, sucht Mpho den direkten Blickkontakt zum erhöht sitzenden Zetsche: „Sehr geehrter Herr Dr. Zetsche, ich bin weit gereist um heute hier zu sein. Die Opfer der Apartheid verlangen nach Aufklärung, um dieses dunkle Kapitel der Geschichte Südafrikas endlich abschließen zu können. Ich bitte Sie, sich mit uns an

einen Tisch zu setzen und einen Dialog zu beginnen bevor ich wieder aus Deutschland abreise.“

Während seiner Rede muss Mpho eine Sonnenbrille tragen. Die grellen Scheinwerfer in der Halle machen ihm zu schaffen, denn in seinem Schädel stecken seit 20 Jahren Schrapnelle, die operativ nicht entfernt werden können; im wahrsten Sinne des Wortes: Überreste der Apartheid. Im Jahr 1991, kurz nach seiner Entlassung aus Haft und Folter auf der berüchtigten Gefängnisinsel Robben Island, organisierte er eine große Demonstration für die Freiheit der politischen Gefangenen und gegen rassistische Polizeigewalt. 20.000 Menschen kamen und wollten vom Township ins Stadtzentrum ziehen. Mpho war ganz vorne mit dabei. Die Sicherheitskräfte ließen die friedliche Demonstration jedoch in eine Falle laufen. An einer Straßensperre wurde die Versammlung für illegal erklärt und als die ersten Schüsse fielen, flüchteten die Menschen in Panik. Mpho versteckte sich in einem Haus, in das die Polizei eine Handgranate warf: „Mein Kopf brannte und das weiße T-Shirt färbte sich rot. Ich brach zusammen und wachte erst bei einem befreundeten Arzt und Genossen wieder auf. Seitdem habe ich sehr spektakuläre Röntgenbilder“, erzählt Mpho später und lacht.

Diese Röntgenbilder wurden zu einem Beweismittel in der Klage, die der medico-Partner Khulumani gegen Daimler und andere Apartheidprofiteure in den USA eingereicht hat. Denn Mpho, selbst ein Khulumani-Aktivist, ist auch Augenzeuge für den Einsatz der umgebauten Mercedes-Unimogs, mit denen die Sicherheitskräfte, die ihm die Schrapnelle verpassten, auf der Demonstration vorgingen. Ein New Yorker Bundesbezirksgericht ließ im April 2009 die Sammelklage gegen Daimler zu. Außerdem auf der Anklagebank: die deutsche Rheinmetall, Ford, General Motors und IBM. Auf der Hauptversammlung in Berlin verliest Daimler-Vorstandsmitglied Bodo Uebber unterdessen eine Standard- Antwort auf Mpho, die sich nicht von der Argumentation der Daimler-Anwälte in New York unterscheidet: Die Geschäfte mit dem damaligen südafrikanischen Regime seien legal und von der Bundesregierung genehmigt gewesen. Daimler sehe deshalb keine Notwendigkeit zu einem Gespräch mit den Apartheidopfern.

Das war zu erwarten. Mpho ist dennoch enttäuscht. Noch bis Ende des Tages sitzt er auf seinem Platz und hofft, dass ihn ein Daimler-Mitarbeiter anspricht. Zwischenzeitlich wird er interviewt. Das Medieninteresse und die Unterstützung durch die Kampagne in Deutschland geben ihm Mut. Bereits vor Beginn der HV hatten Aktivisten rund 1.000 Protestpostkarten an die Daimler-Aktionäre verteilt. Bis zum Herbst sollen Unterschriften gesammelt und anschließend öffentlich an Dr. Zetsche übergeben werden.

Südafrika – Der Regenbogen zerbricht

Bartholomäus Grill (Die Zeit, 29.0.2008, www.zeit.de/2008/23/S-dafrika)

Schwarze massakrieren Schwarze: Bedeutet die Gewalt in den Elendssiedlungen Südafrikas das Ende der Hoffnungen, mit denen Nelson Mandela die Welt begeistert hat?



Südafrika gehört zu jener Handvoll Länder, von denen die Welt eine Idee hat, ein starkes, unverwechselbares, bedeutungsvolles Bild. **Nelson Mandela und die friedliche Überwindung der Apartheid stehen für eine der großen Befreiungsgeschichten des 20.**

Jahrhunderts – das Gute schlechthin, scheinbar unbelastet von der moralischen Zweideutigkeit, die etwa die militärischen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika entstellt hat. Der Krugerpark, die Löwen, das Gold, das traumschöne Kapstadt unter dem Tafelberg geben diesem Südafrika seine postkartenhafte Leuchtkraft. Die Kriminalität, von der man auch gehört hat, liegt wie ein dunkler Schatten darüber. Aber die Identifikation mit dem Land, das Gefühl, dass Südafrika für gelungene Geschichte steht, sind stärker.

Es sind darum mehr als dramatische Nachrichten aus einem wichtigen Schwellenland, der Vormacht des afrikanischen Kontinents, wenn uns in diesen Tagen **Schreckensbilder** aus Johannesburg, Durban und anderen Großstädten erreichen. Es ist ein Modell, das auf dem Spiel steht, ein Traum, der auf einmal als Illusion erscheint. **Treibjagden auf schwarzafrkanische Einwanderer sind zu sehen, geplünderte Läden und zerstörte Townships.** Und ein sterbender Mann, der vom Mob auf eine Matratze gezwungen, mit Benzin übergossen und bei lebendigem Leib verbrannt wird: Szenen der Barbarei, die ausgerechnet an die Grausamkeiten der Apartheidjahre erinnern und das Bild des Landes verdüstern. [...]

»Unsere Elite lebt in einem Paralleluniversum«

Als hätte es nur eines Anstoßes bedurft, um den ganzen Südafrika-Mythos zum Einsturz zu bringen, erscheinen plötzlich auch andere Fehlentwicklungen in grellem Licht. Da ist die skandalöse Aids-Politik der Regierung, die die Seuche immer noch verharmlost, obwohl nach inoffiziellen Schätzungen jeden Tag 900 Menschen sterben und 5,5 Millionen Bürger mit dem HI-Virus infiziert sind – mehr als in jedem anderen Land der Welt. Da häufen sich die Bestechungsaffären bis hinauf in die höchsten Staatsämter. Da fällt infolge einer planlosen Energiepolitik in den Metropolen regelmäßig der Strom aus. Da ist das kolossale Scheitern von Präsident Thabo Mbeki's »stiller Diplomatie«, die das Nachbarland Simbabwe vor der Selbstzerstörung retten wollte. Jetzt also die Pogrome gegen Ausländer.

Alle diese Übel werden durch den Grundfehler, die Ursünde der gegenwärtigen südafrikanischen Politik,

noch potenziert: **die Regierung leugnet, dass die Probleme überhaupt existieren, und erklärt sie zu Erfindungen ihrer Gegner.** »Unsere Elite lebt in einem Paralleluniversum und hat den Kontakt zur Realität verloren«, meint ein enttäuschtes Mitglied der Regierungspartei African National Congress (ANC). »Sie hat die Sache, für die wir gekämpft haben, vergessen.«

War das »Wunder am Kap«, der friedliche Machtwechsel anno 1994, als das weiße Apartheidregime abgelöst wurde, nur ein Trugbild? **Das neue Südafrika hat viele Gesichter**, und ebenso wie als gefährdete Hoffnung kann man es als Erfolgsgeschichte betrachten: als aufstrebende Regionalmacht, die auf ihre Errungenschaften stolz sein darf. Südafrika hat sich im Zeitalter der Globalisierung einen Platz erobert. Seit zehn Jahren legt die Volkswirtschaft kräftig zu, Millionen von neuen Arbeitsplätzen wurden geschaffen. Die Regierung fährt einen soliden Wirtschaftskurs und hat im Rahmen ihres Wiederaufbauprogrammes über zwei Millionen Häuser bauen lassen, die Armenviertel flächendeckend elektrifiziert, die Trinkwasserversorgung verbessert, Kliniken und Schulen gebaut, Altersrente und Kindergeld eingeführt. 12,4 Millionen Bürger erhalten staatliche Transferleistungen, Millionen von weiteren Familienangehörigen leben davon.

Südafrika hat einen Wohlfahrtsstaat gegründet – just in einer Zeit, da er weltweit als Auslaufmodell abgeschrieben wird. **Das Entwicklungsland ist selbst zum Geber von Entwicklungshilfe geworden**, es entsendet Friedenstruppen in die Krisenherde Afrikas, hat eine gewichtige Stimme auf der internationalen Bühne. Die Kaprepublik ist eine Führungsmacht in Afrika, die mit guten Gründen einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstrebt.

Zugleich durchläuft die multiethnische Gesellschaft Südafrikas einen tief greifenden Transformations- und Modernisierungsprozess. Im Laufe der Jahre ist eine schwarze Ober- und Mittelschicht entstanden, die allgemein gestiegene Kaufkraft lässt sich an den riesigen Einkaufszentren am Rande der Townships ablesen. Die Einkommensunterschiede zwischen Schwarzen und Weißen haben sich verringert, noch nie ging es so vielen Südafrikanern so gut wie heute. Doch innerhalb der schwarzen Bevölkerung hat die Wohlstandskluft trotz des Aufschwungs dramatisch zugenommen. 40 Prozent der Erwerbsfähigen sind arbeitslos, jeder dritte Südafrikaner lebt in bitterer Armut. [...]

Präsident Mbeki und seine Minister freilich ignorieren seit Jahren die Sprengkraft der wachsenden Unzufriedenheit, nun sind sie überrascht, dass sich der Volkszorn an legalen und illegalen Zuwanderern aus afrikanischen Bruderstaaten austobt, die ihnen einst im Befreiungskampf beistanden. 56 Menschen wurden bislang ermordet, 80000 sind in Todesangst geflohen und suchen in Kirchen oder Polizeistationen Zuflucht. Und Zehntausende, die nicht mehr wissen, wo sie bleiben sollen, kehren verzweifelt zurück in ihre Herkunftsstaaten. Südafrika, das Land ihrer Träume und Hoffnungen,

hat sich in einen Albtraum verwandelt. In den Townships wird zum ersten Mal seit dem Untergang der Apartheid das Militär eingesetzt.

Alexandra ist so eine Township, eine Elendssiedlung im Norden der Wirtschaftsmetropole Johannesburg. 1994, im Jahr der Wende, lebten hier auf 2,5 Quadratkilometern 360000 Einwohner, so viele wie in Wuppertal. Heute sind es 600000, so viele wie in Stuttgart. Sie hausen in Blechhütten, zwei Drittel haben keinen Job, keine Hoffnung, keine Zukunft. Die Mehrzahl der Zugezogenen kommt aus Simbabwe, die Not und der Terror in ihrer Heimat haben sie hierher getrieben. Es sind fleißige Leute, die sich mit der Überlebensfantasie von Migranten kleine Existzenzen aufgebaut haben. Das erweckte die Missgunst der fremdenfeindlich gesinnten Einheimischen. Manche Einwanderer kauften den Südafrikanern deren mit Staatszuschüssen erworbene Billighäuser ab – und verbrennen nun darin. **Die Simbabwer werden für die wachsende Armut verantwortlich gemacht**, sie waren die ersten Leidtragenden der Pogrome. Das hat auch mit einer zähen Opfermentalität schwarzer Südafrikaner zu tun, die gern die Schuld für ihre Misere bei anderen suchen. Erst waren es die weißen Rassisten, jetzt sind es die schwarzafrikanischen »Schmarotzer«. Sie selber sehen sich als ewig Benachteiligte, die schon unter der Apartheid um ihre Lebenschancen gebracht wurden und bis zum heutigen Tage unter den Folgen der weißen Unterdrückung leiden. [...] Aber in keinem anderen Land des Kontinents ist diese Opferhaltung so ausgeprägt wie in Südafrika, wo die »weiße Zeit der Dürre« bis zum Ende des 20. Jahrhunderts dauerte. Es ist eine Haltung, die die Menschen lähmt, gegen Kritik immunisiert und nach Sündenböcken suchen lässt.

Die Gewaltexzesse lassen sich nicht allein mit der Armut und dem Verteilungskampf um knappe Güter erklären – sonst würden sich in allen Elendszonen der Erde die Bewohner gegenseitig massakrieren. Das Übel zeugt zugleich von der Anarchie und Rechtlosigkeit, die in den Townships herrscht. **Die Menschen sind verroht, ein Leben zählt nicht viel, das hat sich seit den finsternen Zeiten der Apartheid nicht geändert.** [...]



Die Häuser der wohlhabenden Weißen gleichen befestigten Zitadellen, ganze Wohnviertel wurden abgeriegelt, nachts patrouillieren schwer bewaffnete Sicherheitsdienste und Bürgerwehren durch die Straßen und üben Selbstjustiz, niemand mehr vertraut der unfähigen und überforderten Polizei.

In allen Bevölkerungsschichten wird der Ruf nach der Todesstrafe wieder laut. »**Tötet die Bastarde!**«, erklärte unlängst **Susan Shabangu**, die Vizeministerin für Sicherheit. Sie meinte die Gewaltverbrecher.

Es ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit ihrer Regierung, die die ausufernde Kriminalität seit Jahren bagatellisiert. Südafrika ist ein demokratischer Rechtsstaat, aber dessen Prinzipien sind noch nicht im Bewusstsein der Bürger verankert. Die Horden, die die Immigranten totschlagen, haben keinerlei Respekt vor dem Gesetz, und die zuständigen Staatsorgane sind zu schwach und zu konfus, um es durchzusetzen. Und so steht auch die Tatenlosigkeit auf dem Feld der Inneren Sicherheit in einem Kontinuum des politischen Versagens.

Das Zaudern und Zögern der Regierung angesichts des Terrors gegen afrikanische Flüchtlinge und Zuwanderer kommt einer Bankrotterklärung gleich. Thabo Mbeki regiert nach einem vielversprechenden Start im Jahre 1999 im autoritären, selbstherrlichen Stil des Alleswissers. Doch der Anzug seines legendären Vorgängers Nelson Mandela ist ihm viel zu groß. Mbeki umgibt sich mit Jasagern und Opportunisten, es zählt nicht die Kompetenz, sondern allein die Loyalität. Und seit er den Führungskampf im ANC verloren hat und als Vorsitzender abgewählt wurde, erodiert seine Macht. Sein Ansehen ist national und international so miserabel, dass er eigentlich sofort seinen Hut nehmen müsste. Und die linientreuen Genossen an seiner Seite haben zuallererst ihren eigenen Vorteil im Sinn. [...]

In diesen Krisentagen wird den Südafrikanern schmerzlich bewusst, wie sehr ihrer fragilen Nation die moralisch integren Staatsmänner fehlen, die Angehörigen der Mandela-Generation, die ihr Leben dem Freiheitskampf gewidmet und das Land in die Demokratie geführt haben. Die Vision von der toleranten, weltoffenen Regenbogengesellschaft, die die Alten angestrebt hatten, ist nur noch ein hohler Mythos. »After the Party – das Fest ist vorbei« heißt die Rückschau eines ANC-Abtrünnigen, die derzeit auf Bestsellerlisten am Kap steht. Ereilt Südafrika jener postkoloniale Fluch, der so viele afrikanische Staaten ruiniert hat? Es ist der Fluch, vor dem Frantz Fanon, der Philosoph und Pamphletist der Befreiung, gewarnt hatte, als die afrikanischen Machteliten der soeben unabhängig gewordenen Staaten nach einer kurzen Schamfrist genau dort weitermachten, wo die europäischen Kolonialherren aufgehört hatten: Sie übernahmen ihre Positionen und Privilegien, die Schreibtische und die Swimmingpools, die Seidenbetten und die Dienerschaft. Fanon hat diesen Rollentausch mit der Wendung »masques blancs, peau noir« beschrieben – weiße Masken auf schwarzer Haut. Gemeint ist die fatale Umwandlung von Fremdausbeutung in Selbstbedienung. Südafrikas Frantz Fanon heißt William Gumede, ein Politik-Wissenschaftler. Er schreibt: »Es gibt einen Punkt, an dem alle Befreiungsbewegungen in Afrika straucheln ... etwas Unkontrollierbares liegt in der Luft.« Eineinhalb Jahrzehnte nach der Wende nähert sich Südafrika diesem Punkt.

Ausgrenzung und Entfremdung statt Integration: Afrikas Neuer Nationalismus in Zeiten der Globalisierung

www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/qf_afrika_0807.pdf Dirk Kohnert (GIGA, 17.09.2008)

Exclusion and alienation instead of inclusion: Africa's new Nationalism in times of globalization Kohnert, Dirk (GIGA - German Institute of Global and Area Studies / Institute of African Affairs)

Abstract: Exclusion and alienation instead of inclusion: Africa's new Nationalism in times of globalization - The New Nationalism in Africa and elsewhere shows remarkable differences both in its roots and its impact, compared with that of national independence movements of the early 1960s. Contrary to the first nationalism, the second is less prone to include than to exclude populations; alienation, xenophobia and its political instrumentalization are its curse. The New Nationalism has been shaped decisively by the consequences of globalization and by the increasing cleavages between the poor and the rich. Nowadays, structures of nationalism and nation-states differ more than in the past. Frequently, the new nationalism is rooted in populist grass-root movements which do not necessarily share the same interest as the ruling class or the state. This makes for its extraordinary political and social ambiguity and brisance.

Keywords: nationalism, migration, xenophobia, ethnicity, alienation, poverty, Africa

Résumé: Exclusion et aliénation au lieu d'intégration: le Nouveau Nationalisme africaine en temps de la globalisation - Le Nouveau Nationalisme en Afrique et ailleurs montre des dissemblances remarquables dans ses causes et les conséquences, comparés de cela des mouvements de indépendance nationaux du début des années soixante. Contrairement au premier nationalisme, le deuxième est moins prédisposé pour inclure que pour exclure des populations; sa malédiction est l'aliénation, la xénophobie et leur instrumentalisation politique. Le nouveau nationalisme est marqué décisivement par les conséquences de la globalisation et des clivages croissants entre les pauvres et les riches. Les structures du nationalisme et d'un état national diffèrent aujourd'hui davantage de lesquelles du passé. Fréquemment, le nouveau nationalisme est enraciné dans les mouvements populistes de base qui ne partagent pas nécessairement le même intérêt que la classe dirigeante ou l'état. Ceci conduit à son ambiguïté extraordinaire et à sa brisance politique et sociale.

Mots clés: Nationalisme, migration, xénophobie, aliénation, ethnicité, pauvreté, Afrique

Zusammenfassung: Ausgrenzung und Entfremdung statt Integration: Afrikas Neuer Nationalismus in Zeiten der Globalisierung. - Der Neue Nationalismus in Afrika und anderswo unterscheidet sich in Ursachen und Auswirkungen wesentlich von dem nationaler Unabhängigkeitsbewegungen der 1960er Jahre. Anders als der erste Nationalismus, setzt der zweite weniger auf Einschluß denn auf Ausschluß von Bevölkerungsgruppen; Entfremdung, Xenophobie und deren politische Instrumentalisierung sind sein Fluch. Der Neue Nationalismus wird maßgeblich geprägt durch die Folgen der Globalisierung und der auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich. Die strukturellen Bedingungen von

Nationalismus und Nationalstaat fallen heute typischerweise weiter auseinander. Denn der Neue Nationalismus entsteht oft aus populistischen Basisbewegungen, die durchaus auch gegen die staatliche Politik gerichtet sein können. Dies verleiht ihm eine besondere soziale und politische Ambivalenz und Sprengkraft.

Schlagwörter: Nationalismus, Migration, Fremdenfeindlichkeit, Entfremdung, Ethnizität, Armut, Afrika

Der neue afrikanische Nationalismus: Hürde oder Motor der Entwicklung?

Die erste Blüte des erwachenden Nationalismus⁶ in Afrika war untrennbar verbunden mit dem Kampf um Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft. Die tief verwurzelte Empfindung eines gemeinsamen historischen und kulturellen Erbes der Völker Afrikas gegenüber den Kolonialherren war der Ausgangspunkt nicht nur der Anti-Kolonialbewegung, sondern auch eines afrikanischen Nationalismus der weniger an Territorien denn an die gemeinsame kulturelle Identität als Afrikaner gegenüber den ehemaligen 'weißen' Herrschern gebunden war. Ausdruck dieser gemeinsamen Identität waren Ethno-Philosophien, wie Nkrumah's Consciencism und Panafricanism, Leopold Senghor's Négritude, oder die authentité-Kampagnen Mobutus und Eyadémas. Diese Ethnophilosophien reichten zwar oft weit über die Geltung der übernommenen kolonialstaatlichen Grenzen hinaus. Gleichwohl trugen sie wesentlich zur Legitimität der neuen afrikanischen Nationalstaaten bei. Sie schufen eine Art transnationale Identität, einen Supra-Nationalismus auf dem nächst höheren Aggregationsniveau, dem der Region.

Dies kommt nicht von ungefähr, denn Diasporas der afrikanischen Elite aus verschiedensten Herkunftsländern in London, Paris oder Lissabon zu Zeiten der Kolonialherrschaft, gelten als die Wiege des ersten afrikanischen Nationalismus. Diese Visionen waren verknüpft mit hochfliegenden Erwartungen eines Entwicklungsschubs, getragen von einer eigenen afrikanischen Identität, Kultur- und Wissensproduktion (s. Sklar 1994). Diese Visionen erwiesen sich jedoch bald als Täuschung. Vier Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit geht es den meisten Afrikanern schlechter als zuvor. [...]

⁶ 'Nationalismus' wird hier und im Folgenden im Sinne Benedict Andersons (1991) verstanden als die Weltanschauung einer imaginierten nationalen Gemeinschaft mit einem starken Gefühl nationaler Identität und von ausgeprägtem Nationalstolz. Der Begriff des 'Neuen Nationalismus' hat eine wechselvolle, oft stark ideologisch beeinflusste Geschichte; seine historischen Wurzeln reichen bis in rechte Sammlungsbewegungen der Weimarer Republik der 1920er Jahre zurück. Im Folgenden wird ein Hauptmerkmal der Unterscheidung zwischen altem und neuem Nationalismus nach Hobsbawm (1992) und Ignatieff (1993) im systematischen Ein- bzw. Ausschluß von Bevölkerungsgruppen gesehen.

Interessante Online-Publikationen über Afrika

1. Kohnert, Dirk (2008): „Neuer Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Afrika“ www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0807.pdf

→ Der Ausbruch blutiger fremdenfeindlicher Unruhen in Südafrika im Mai dieses Jahres zeigte das Janusgesicht der angeblich kosmopolitischen „Regenbognation“. Aufgrund seiner Geschichte ist Südafrika die afrikanische Nation, in der Xenophobie mit am stärksten in den Köpfen der Bürger verankert ist.

2. Landau, Loren B. and Misago, Jean Pierre (2009): Who to Blame and What's to Gain?

Reflections on Space, State, and Violence in Kenya and South Africa.

→ During the first half of 2008, two of Africa's shining lights witnessed mass violence. In Kenya, the demon of tribalism, which many hoped had been exorcised at the end of Moi's rule, resurfaced, threatening to derail the past five year's economic and political achievements. Although xenophobic violence was not new to South Africa (Crush 2008; Harris 2001), the May 2008 attacks revealed the government's fundamental inability <http://hup.sub.uni-hamburg.de/giga/afsp/article/view/31/31>

3. Schäfer, Rita (2002): → Gender und ländliche Entwicklung in Afrika Afrika gilt mittlerweile als ein Kontinent, dessen landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherung in Frauenhand liegt... www.bpb.de/themen/STJI94,0,0,Gender_und_ländliche_Entwicklung_in_Afrika.html

4. Mabe, Jacob Emmanuel (2005): Multikulturelle Gesellschaften

→ Im europäischen Kontext wird Multikulturalität vor allem mit Migration in Verbindung gebracht. Per Definition gelten als multikulturelle Gesellschaften Nationalstaaten mit einem aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehenden Staatsvolk, dessen Identität durch eine einheitliche Sprache sowie durch homogene Kulturen und Traditionen gekennzeichnet ist. www.bpb.de/themen/QLDFBC,0,0,Multikulturelle_Gesellschaften.html

5. Poenische, Anke (2001): Afrika in deutschen Medien und Schulbüchern.

→ Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung fasst der Bericht den Forschungsstand zur Afrika-Darstellung in deutschen (Massen-)Medien und Schulbüchern zusammen. Es geht um die Betrachtung möglichst zeitnaher Darstellungsstrukturen, also vor allem um die neunziger Jahre. „Afrika“ wird hier ohne Mittelmeeranrainer und Diaspora behandelt. www.kas.de/wf/doc/kas_177-544-1-30.pdf

Tipps für kritische Literatur über Afrika

Arndt, S./Hornscheidt, A (Hrsg.) (2004):

→ Afrika und die deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. – Das Buch soll Menschen zum Nachdenken anregen, die meinen, längst reflektiert zu sprechen. Zentrales Anliegen dieses Buches ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Rassismus und Sprache eng miteinander verknüpft sind. Viele heute gebräuchliche Begriffe haben eine kolonialistisch

geprägte, rassistisch wirkende Bedeutungsgeschichte, die auch heute noch zum Ausdruck kommt. Anliegen des Buches ist es aufzuzeigen, wie Begriffe zu Afrika im weitesten Sinne rassistisch gebraucht und welche Konzepte mit ihrer Benutzung transportiert werden. Das Buch soll Menschen zum Nachdenken anregen, die meinen, längst reflektiert zu sprechen. Vielen ist nicht bewusst, dass Begriffe wie "Mischling", "Schwarzer Kontinent", "primitiv" oder "Häuptling" einen diskriminierenden Gehalt haben:

Bilé, Serge (2006): Das schwarze Blut meiner Brüder. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus

→ Sie sind Opfer, von denen niemand spricht. Wie andere Minderheiten wurden sie von den Nationalsozialisten verfolgt, in KZs verschleppt und ermordet. Ein bewegendes Buch über die Vernichtung Schwarzer Zivilisten, Soldaten und Widerstandskämpfer während der Nazizeit.

Französischsprachig :

Jeune Afrique, toute l'actualité africaine an continu.

→ Auf der Seite finden französischsprachige Personen viele interessante Informationen zu Tagesthemen in Afrika. Sie ist eine der aktuellsten Informationsquellen über Afrika in französischer Sprache. www.jeuneafrique.com/

Weitere empfehlenswerte Artikel und Links:

Recherche-link mit Suchfunktion: <http://hup.sub.uni-hamburg.de/giga/afsp> → Siehe auch <http://drittewelt.de/> (Nach Regionen und Ländern sortiert findet man hier Links zu Printmedien, Webseiten, Radio- und Fernsehstationen.) www.developmentgateway.org/about.html www.globalsouth.info/ und → www.oeko-fair.de/ www.reliefweb.int/rw/dbc.nsf/doc100?OpenForm (Infos zu Krisengebieten und Krisenregionen) www.hsrcpress.ac.za/home.php?cat=17&sort=title&sort_directio n=&page=1 (freie e-books zum Download) www.zeit.de/autoren/G/Bartholomaeus_Grill/index.xml www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/jemen/zusammenarbeit.html www.bpb.de/themen/8F54T8,0,0,Menschenrechte_in_Afrika.html www.zeit.de/online/2009/36/menschenrechte-afrika-2?page=1 www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/auf-welches-afrika-setzen-wir/ und → www1.bpb.de/files/ES3BIB.pdf www.bmu.de/pressearchiv/15_legislaturperiode/pm/5799.php www.zeit.de/2009/53/Schlingensief-Koehler www.welt-sichten.org/artikel/art-10-009/gender-themen-kommen-zu-kurz.html und → www.zeit.de/2010/05/A-Afrika-Unabhaengigkeiten?page=1 www.zeit.de/2010/05/A-Afrika-Unabhaengigkeiten?page=1 www.welt-sichten.org/artikel/art-10-009/cm/verdeckter-einsatz.html und → www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=2286879& www.zeit.de/2010/05/A-Afrika-Unabhaengigkeiten?page=1 www.welt-sichten.org/artikel/art-10-009/demokratie-in-freiem-fall.html www.bpb.de/themen/569PAQ,0,0,Den_versteckten_Kolonialismus_beenden.html www.jeuneafrique.com/ www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0807.pdf www.bpb.de/themen/STJI94,0,0,Gender_und_ländliche_Entwicklung_in_Afrika.html www.bpb.de/themen/QLDFBC,0,0,Multikulturelle_Gesellschaften.html www.kas.de/wf/doc/kas_177-544-1-30.pdf (Afrika-Bild in den Medien!) www.zeit.de/themen/international/afrika/index